

Abonnements-Bedingungen:
Abonnements-Preis pränumerando:
Vierteljährlich 2,50 Mk., monatlich 1,10 Mk.,
wöchentlich 28 Pf. frei ins Haus.

Vorwärts

Die Inserations-Gebühren
betragen für die sechsgehaltene Kolonne
jede oder deren Raum 40 Pf., für
politische und gewerkschaftliche Vereins-
und Versammlungs-Anzeigen 20 Pf.

Berliner Volksblatt.

Centralorgan der socialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 19, Beuth-Strasse 2.
Fernsprecher: Amt L. Nr. 1508.

Dienstag, den 26. März 1901.

Expedition: SW. 19, Beuth-Strasse 3.
Fernsprecher: Amt L. Nr. 5121.

Russische Gärungen.

Ueber die große Kundgebung in Petersburg am 17. März
haben wir bereits berichtet. Einige neue Mitteilungen, die
uns Augenzeugen zukommen lassen, zeigen, daß die letzten
Petersburger Ereignisse eine weitgehendere Bedeutung
haben, als es zunächst schien.

Das, was gegenwärtig in Petersburg vorgeht, über-
schreitet bei weitem die Grenzen der in Rußland üblichen
„Studentenunruhen.“ Allerdings ging die Aufforderung
zur Versammlung am 17. März vom „Bund der vereinigten
Studentengenossenschaften“ aus, aber dieser Aufforderung
leistete nicht allein die studierende Jugend Folge. Unter den
Demonstranten befanden sich auch Litteraten und Angehörige
anderer Berufe. Die in den umliegenden Straßen sich stauende
nach Tausenden zählende Menschenmenge bekundete den Ver-
sammelten ihre Teilnahme, obwohl die Regierung im vorhin-
ein alle Maßnahmen ergriffen hatte, um die am meisten opposi-
tionellen Elemente der Bevölkerung, die Arbeiter der zahlreichen
Petersburger Fabriken vom Ort der Demonstration fernzu-
halten. Vom frühen Morgen an wurde der Pferdebahn-
verkehr zwischen den Arbeitervierteln und dem Centrum der
Stadt eingestellt und an vielen Punkten wurde Militär
postiert. Nichtsdestoweniger erschienen ein Teil der Arbeiter
dennoch zur Demonstration, obschon einige Stunden später.
Selbstverständlich konnten diese Arbeiter an der Kundgebung
nicht mehr teilnehmen, die „Ordnung“ war schon hergestellt
und der Platz vor der Kasanschen Kathedrale gleich einem von
der Militärmacht verlassenen Schlachtfeld.

Es handelt sich also nicht um spezifisch studentische Un-
ruhen, hervorgerufen durch die Mißstände an den Universitäten
und die Beschwerden der Studenten, sondern um eine Massen-
bewegung der verschiedenartigsten Gesellschaftsschichten,
eine Bewegung, deren Ursprung in dem allgemeinen auf
jedem russischen Bürger lastenden Druck der polizeili-
chen und administrativen Willkür zu suchen
ist. Und der Ausbruch der Studentenunruhen war nur der
Anlaß der allgemeinen, lange verhaltenen Gärung.

Und zweifellos sieht die russische Regierung
den ganzen Ernst der Lage ein. Die wilde sinnlos
grausame Meute, die von der Regierung am 17. März ver-
anstaltet wurde, läßt sich nur durch die Furcht vor der
gärenden Unzufriedenheit, vor dem Gespenst
eines Volksaufstands erklären. Nicht nur die
Manifestanten zerstreuen, die „Ordnung herstellen“ wollten
die Kasanenforden unter Anführung des Stadthauptmanns
Meigels, sondern der Menge Entsetzen einjagen, in den
„getreuen Unterthanen“ für alle Zeiten jede Regung des
Protestes ersticken. Alle ohne Ausnahme wurden von den
Kasanen mit den Kasanen (Knuten) mißhandelt und nieder-
geritten, man schlug auch solche, die zufällig in die Reihen
der Zuschauer gelangt, sich schreierfüllt an die Kasanen mit
der Bitte wandten, sie nach Hause gehen zu lassen.

Geilten haben nicht nur Studenten, sondern auch viele
bekannte Schriftsteller. So wurde dem bekannten Statistiker
Annensky, der sich im Publikum befand, ein Auge aus-
geschlagen. Die Schriftsteller Peter von Struwe und
Lugan Baranowsky wurden verhaftet und nach dem
„Mittauschen Schloß“ (einem Petersburger Gefängnis) gebracht,
wobei Struwe eine Kopf- und Fußwunde erhalten haben soll.

Unter solchen Umständen ist es auch nicht zu verwundern,
daß selbst die an alles gewöhnten und durch nichts mehr in
Staunen zu setzenden Russen nicht schweigen konnten.
An demselben unglückseligen Tage, am 17. März, hat
auch eine Versammlung der Petersburger Schriftsteller-
welt stattgefunden, die beschlossen hat, gegen die empörenden
Gewaltakte der Regierung Protest zu erheben. Selbst-
verständlich war es in Anbetracht der russischen Censur-
bedingungen ganz unmöglich den Protest der Schriftsteller in
irgend einer russischen Zeitung abzudrucken. Sie mußten sich
an die ausländische Presse um Beistand wenden.

Der Text des Protestschreibens lautet folgendermaßen:
Sehr geehrter Herr Redacteur! Heute, am 17. März wurde in
Petersburg, in der Nähe der Kasanschen Kathedrale vor den Augen
einer nach Tausenden zählenden Volksmenge eine systematische und
angenscheinlich auch vorbedachte Meute wehrloser Menschen ver-
anstaltet. Kasanen unringten die unbewaffnete Menge, ihr die
Möglichkeit nehmend, sich zu zerstreuen, drangen ohne weiteres auf
sie ein, ritten die Menschen nieder und verkrüppelten sie mit
ihren Kasanen (Knuten). Die Schulleute griffen einzelne Personen
heraus, fielen haufenweise über ein Opfer her und bearbeiteten es
erbarmungslos mit den Häuten und den Kasanen. Mißhandelte
erschöpfte Frauen, welche sich selbst der Polizei stellten, wurden von
dieselben festgenommen und gleich auf der Stelle weiteren
Mißhandlungen ausgesetzt. Man schlug auf Liegende los,
man schlug sie bis zur Bewußtlosigkeit und vielleicht auch bis
auf den Tod. Das sind nicht Gerüchte, die aus unbekanntem Quellen
stammen, das sind Thatsachen, die viele von uns mit eigenen Augen
gesehen. Das Publikum, welches flehte, der Meute ein Ende zu
machen, wurde fortgejagt, und selbst Offiziere schleppte man beim
Nachfragen weg. Diejenigen von uns, welche dieselbe Bitte vor-
brachten, wurden auch geprügelt oder festgenommen.
Wir sind von Empörung erfüllt über derartige Grausamkeiten,
welche, wie uns bekannt ist, auch in andren Städten gescheit wurden.
Und Entsetzen ergreift uns beim Gedanken an die Zukunft des
Lands, das der Gewalt der Häute und Kasanen preisgegeben ist.

Wir sind vollkommen überzeugt, daß auch diejenigen unserer
Kollegen von der Feder, die augenblicklich nicht unter uns weilen,
ebenso empört und entsetzt sind, daß diese Gefühle alle denkenden
Mitglieder der russischen Gesellschaft, alle diejenigen teilen, in denen das
Bewußtsein ihrer menschlichen Würde, die Liebe zu ihren Nächsten noch
nicht vollends unterdrückt worden sind. Und Schriftstellern ist ja
schon längst die Möglichkeit genommen, durch rechtzeitige Auf-
deckung der Räte unserer Heimat derartigen Ereignissen vor-
zubeugen.
Und ist die Möglichkeit genommen, durch Kundgebung unserer
Ueberzeugung einen Ausweg aus der gegenwärtigen schwierigen
Lage zu zeigen, es ist uns unumgänglich, unsere Pflicht gegenüber der
Heimat ganz zu erfüllen.

So wollen wir denn wenigstens den Versuch machen, die That-
sachen selbst zur allgemeinen Kenntnis gelangen zu lassen.
Nicolas Annensky, Michael Kermolass, Nicolas Rogilandsky,
Alex. Bogdanowitsch, Iwanowitsch Wisareff, Serafina Panteleeff,
Angel Bogdanowitsch, Nicolas Nareeff, Konigin Panieleef,
Sofie Braginskij, Alexandra Kalmicoowa, Grigorie Potanin,
Kosalie Braginskij, Alexander Komiloff, W. Poffe,
Alexander Braube, E. Kaminta, Alexie Beschedenoff,
Wlad. Bernschtam, Rektor Kotlereff, Wladimir Rosenber,
Marie Soltou, Peter Resgast, Nicolas Rubacin,
Peter Weinberg, Wladimir Jelewitsh, Radin Rubacina,
Blafria Galina, E. Jeltowa, Marie Steppoff,
Peter Ge, D. Kamim-Sibiriat, Johann Soloff,
Eugenie Ganeisen, Paul Koflewsky, Genrich Falborn,
Wladimir Gessen, Alexander Wertwago, Wladimir Schamolusky,
Rogim Gorki, Nicolas Mikolowitsch, Eugenie Schirloff,
Alexander Gutowsky, Benedikt Astasow, Alexander Jarostoff.

Diese Unterschriften, Namen wie der des berühmten
Sociologen Michailowitsch, des Anatomen Resgast, des Histo-
riker's Nareeff beweisen, daß es die Elite der russi-
schen Litteratur ist, die hier ihren zornigen Protest
erhebt.

Ein weiteres Schreiben zur Unterstützung des Protestes
ist später noch von zahlreichen andren Persönlichkeiten unter-
zeichnet worden. Dieses lautet:

Sehr geehrter Herr Redacteur!
Gestern, den 17. März, unter dem unmittelbaren Eindruck der
Ereignisse, die auf dem Platz vor der Kasanschen Kathedrale statt-
gefunden haben, haben sich untre Kollegen, russische Schriftsteller,
mit einem Brief an Sie gewendet, in welchem sie ihre Entrüstung
zum Ausdruck brachten. Indem wir ihre Gefühle vollkommen teilen,
und da wir nicht in der Lage gewesen sind, ihren Brief mitzuunter-
zeichnen, aus dem einfachen Grunde, weil wir nicht mit ihnen waren,
erklären wir, daß wir uns voll und ganz an ihren Protest an-
schließen.

A. Nilonow, Brenkwist, Kranichfeld, Stebnicht, Portugalow,
Komorokaja, Schantjajow, Jonow, Solmin, Rogosina, Rossitowa,
Vertenowa, Suworow, Swelchnisow, Poroschin, Steinderg, Dibe-
rewo, Linow-Dalim, Parinow, Garin-Michailowitsch, Schellow,
Stawinsky, Gorjuschin, Brasjanin, Sabmin, D. Korabitschewsky,
Tschedyschewa, Dmitrijeva, Schtschepetilnikowa, Luchanow,
Maslow, Chirjatow, Korrig, Ketrij, Dickon.

Die Bewegung beschränkt sich aber nicht nur auf Peters-
burg, sondern breitet sich über das ganze Reich, vornehmlich
die Universitätsstädte aus. In Moskau, Charkow, Odessa,
Dorpat, Tomsk, Riga und Kiew wurde seitens der Studenten
die Einstellung des Besuchs der Vorlesungen
beschlossen. In Odessa sind 100, in Riga fast 300 Per-
sonen verhaftet worden. Die Söhne des Rektors der
Charkower Universität und des Direktors des Kiewer Poly-
technikums sind an den Unruhen beteiligt.

Das besonders Charakteristische an den gegenwärtigen
Ereignissen ist aber die Teilnahme der unteren Volks-
klassen. Das „Volk“ geht nicht mehr, wie in früheren
Jahren, zum Beispiel in Moskau, mit Messern gegen die
Studenten, die „Feinde des Jaren“ vor, sondern stellt
sich offen auf die Seite der unzufriedenen Jugend gegen ein
barbarisches Polizei- und Kasanen-Regiment. Eine neue
Ära der revolutionären Bewegung Ruß-
lands ist angebrochen. Die proletarische Bevölkerung der
großen Städte hat gelernt, ihre Freunde und Feinde zu
unterscheiden.

Tolstoj's Dant.

Die Erregung der gebildeten Kreise sowie der Arbeiterkreise, in
denen Graf Tolstoj sich größter Popularität erfreut, ist durch dessen
Exkommunikation seitens der obersten kirchlichen Behörde,
der „Heiligen Synode“, noch weiter verstärkt worden.
Am 27. Februar erfolgte der Schutz gegen den Kultusminister.
Am 4. März fanden in Petersburg und Charkow zur 40jährigen
Feier der Aufhebung der Leibeigenschaft große Kundgebungen statt,
die von der Polizei mit zahlreichen Mißhandlungen und Verhaftungen
beantwortet wurden. Am 7. März erfolgte die Exkommunikation
Tolstoj's. Einige Tage darauf wurde Tolstoj, als er in
Moskau durch die Straßen ging und dort gerade ebenfalls
eine Demonstration der Volksmenge stattfand, mit einer be-
geisterter Ovation begrüßt, und er wurde aufgefordert, eine An-
sprache zu halten. In dieser Ansprache sagte Tolstoj: „Sein Princip
sei, man solle sich dem Uebel nicht mit Gewalt widersetzen; da nun
aber einmal das Volk sich gegen das Uebel in Demonstrationen
währe, so sei es eine Sache der Konsequenz, hierin
fortzufahren.“
Graf Tolstoj beabsichtigte ferner folgenden Brief in der
russischen Presse zu veröffentlichen, da dies aber ebenfalls unmöglich
war, so ist er uns beifolgend veröffentlicht worden:

Herr Redacteur!
Da ich nicht in der Lage bin, allen denen zu danken, die —
beginnend mit den höchsten Beamten und endigend mit einfachen
Arbeitern — mir sowohl persönlich als auch mit der Post und
telegraphisch ihre Sympathie aus Anlaß der Verfügung der
heiligen Synode vom 22. Februar\*) zum Ausdruck gebracht haben,
ersuche ich Ihre geehrte Zeitung, allen diesen Leuten meinen Dank
zu übermitteln, wobei ich die Sympathie, die mir kundgegeben
worden ist, nicht so sehr auf die Bedeutung meiner Thätigkeit
zurückführe, als darauf, daß die Verfügung der heiligen Synode
so geistreich ist und so zur rechten Zeit erfolgte.

Leo Tolstoj.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 25. März.

Die konservative Scharmacher-Kamarilla
bemüht sich in wahrhaft erheiternder Aftastensirengung, die Gemüts-
verstimmung, die aus den jüngsten Keuschungen des Kaisers sprach,
parteilich auszumünzen. Vergeblich hatten die Scharmacher und
Volksfeinde versucht, das Vorkommnis in Bremen zu einem „Attentat“
aufzublasen. Schon mühten sie angefaßt der allgemeinen Unlust,
sich auf diese Tölperei einzulassen, voll Betrübnis auf ihren Versuch
Verzicht leisten. Da schöpfen sie jetzt neue Hoffnung aus der an-
geblichen Bemerkung des Kaisers, es sei noch nicht erwiesen,
ob der Epileptiker nicht von andren Personen
gemißbraucht sei.

Die „konservative Korrespondenz“, das offizielle
Organ der konservativen Partei, unternimmt es, in einem durch
besonderen Druck eindringlichst hervorzuheben, zur Verwertung
in der Provinzpresse bestimmten Varmarktel die schon
aufgegebenen Hoffnungen einer regelrechten Socialistenhoy
neu zu beleben. „Wie eine Bombe hat die Ansprache
Sr. Majestät des Kaisers und Königs an das Präsidium
des preussischen Abgeordnetenhauses im demokratischen und social-
demokratischen Lager eingeschlagen“ — diktiert das konservative
Parteiorgan. Thatsächlich hat auf die socialdemokratische Presse die
schwerwiegende Klage des Kaisers eine ganz andre Wirkung geübt.
Man kann die Verstimmung des Kaisers zurückführen auf das Vor-
kommnis in Bremen oder auf die politischen Enttäuschungen in der
inneren und in der auswärtigen Politik — jedenfalls ist die
Socialdemokratie diesmal durch aus nicht das besondere
Objekt der kaiserlichen Vorwürfe gewesen, ganz abgesehen davon,
daß, wenn sie es gewesen wäre, sie nicht die Empfindlichkeit besitzt,
sogleich „Bomben“-Wirkungen zu veripären.

Wenn der Kaiser als der Betroffene das Vorkommnis in Bremen
enfter nehmen sollte als es zu nehmen ist, so würde auch daraus
den konservativen Aufschmelzungsversuchen zur Socialistenverfolgung
kaum ein Gewinn erwachsen. Thatsächlich ist jedoch diese kaiserliche
Meinung weder beglaubigt noch wahrscheinlich, vielmehr liegt offenbar
eine Fälschung vor. Die die „Frei. Ztg.“ erfährt, hat der Obercra-
monienmeister des Kaisers in seinem Schreiben an den Grafen
Wallesirem über die bevorstehende Audienz leblich von dem „Un-
fall“ in Bremen gesprochen, was unverständlich wäre, wenn man
bei Hofe anderer Meinung über das Vorkommnis wäre.

In anerkannterwertiger Frechheit heudet die „Kons. Korresp.“ die ge-
fälschte Voraussetzung eines ernsthaften Angriffs auf den Kaiser zur
Verleumdung der Socialdemokratie aus, die infam zu nennen wäre,
wenn man nicht wüßte, daß den Konservativen in ihrer Furcht vor
Beschränkung ihrer politischen Mißthaten und ihrer wirtschaftlichen
Volksausplünderung andre Kampfmittel als Lüge und Verleumdung
nicht zu Gebote stehen. Die „Kons. Korresp.“ schreibt:

... Es ist also doch wohl nicht zu bezweifeln, daß auf diese
Verbrecher, die sich meist im jugendlichen Alter befinden, äußere
Einflüsse ihre verderbliche Wirkung ausgeübt haben, und man wird
nicht fehlgehen, wenn man das Wachstum der
mörderischen Anschläge auf allerhöchste Personen mit
dem Wachstum der zersetzenden anarchischen
socialdemokratischen Agitation in Verbindung bringt.

Es heißt, solche Verbrechen läsen keine politischen
Zeitungen. Das mag zum Teil richtig sein, obwohl
gerade die Socialdemokratie dafür sorgt, daß ihre Blätter
schon der Jugend in die Hände gelangen. Allein außer
der Presse wird noch durch Grandreden und Flug-
blätter gehetzt, und gerade diese Verhehung, die sich un-
mittelbar an die Person wendet, ist die eindrucksvollste. Gegen
die Agitatoren sich mit Rücksicht auf die Gesetze noch eine gewisse
Vorsicht auf, so sind dazu die Verführten meist nicht im stande;
sie ziehen die Konsequenzen aus dem Gehörten und
Gesehenen und gelangen zur Ausübung verbreche-
rischer Thaten.“

Dies ist die altbildliche Methode, die auch unter erschwerten Ver-
hältnissen betrieben wird. Es sieht die frommen Streiter nicht an,
ob denn der Epileptiker überhaupt wirklich socialistische Versammlungen
besucht oder socialistische Flugblätter gelesen hat. Sie würden das
„Attentat“ fäherlich der Socialdemokratie auf die Rechnung setzen, wenn
der „Attentäter“ unmittelbar aus einer altentischen Versammlung kam,
in der gegen den Kaiser als Englandsfreund, oder aus einer
konservativ-agrarischen Versammlung, in der gegen das Bündnis
der Regierung des Kaisers mit dem verjudeten Geldkapital gedornert
wurde.

Die „konservative Korrespondenz“ unjuhelt dann weiter in
maßlosem Ueberschwang die Keuschungen des Kaisers aber das
Einlen der Autorität, woran natürlich wiederum die socialdemo-
kratische Agitation und der socialdemokratische „Materialismus“

\*) Nach deutschem Kalender 7. März.

Schuldig sein. Der Artikel schließt mit einem fulminanten Ausruf gegen die sozialdemokratische Gefahr:

„Es ist dann von hohem Werte und von großer Bedeutung, daß unser Kaiser, der unter dem Einflusse dieser materialistischen Weltanschauung so schmerzvoll hat leiden müssen, zu rechter Zeit seine mahnende Stimme erhoben hat. Möchte die Nation, für die wir unsern kaiserlichen Herrn unsern ehrfürchtvollen Dank aussprechen, in allen deutschen Landen ein lebhaftes Echo finden und den notwendigen Wandel anbahnen!“

Die konservative Partei betreibt den Brotwucher, den einst der Kaiser schwer verurteilte. Die konservative Partei verhindert seit Jahren das preussische Kanalwerk, für das der Kaiser seine ganze Autorität eingesetzt hat. Die konservative Partei hat in den letzten Jahren deutlicher denn je bewiesen, daß sie die Autorität der Regierung und des Kaisers nur anerkennt, sofern Regierung und Kaiser ihre Wünsche und Forderungen billigen. Da kann es nur humoristisch wirken, wenn das führende Organ der Partei als Schützer dieser von ihrer eignen Partei so trefflich unterminierten Autorität auftritt.

Zur selben Stunde, da die „Konf. Korresp.“ ihren lächerlichen Heberverfuch, in dem jedes Wort Unwahrheit und Lüge ist, unternimmt, lesen wir über das gleiche Thema der letzten Kaiseransprache im gleich konservativen, gleich frommen, gleich autoritätsgläubigen, gleich sozialistenfeindlichen „Reichsboten“ folgendes:

„Es ist wahr, daß die Autorität der Krone seit dem Tode Kaiser Wilhelms I. stark gelitten hat; aber die Wahrheithaftigkeit gebietet, zu sagen, daß auch die Träger der Autorität, die Regierung selbst einen Teil der Schuld daran tragen. Wir haben es in den letzten Jahren wiederholt in den bestimmten Kreisen mit heiligem Schmerz und tiefster Trauer beklagen hören, daß das hohe Erbe an Autorität und Ansehen der Krone unter dem unstillen und impulsiven Hin- und Herbewandern der Politik mehr und mehr schwindet. Die Autorität ist ein sittliches Gut, das nicht auf mechanische Weise, sondern durch die persönliche Haltung der Träger der Autorität gewahrt werden kann — und je tendenzloser das durch eine sorgfältige, ständige Pflichten-erfüllung geschieht, desto besser wird sie gewahrt. Das imperiative Betonen der eignen Autorität ist meist wirkungslos, ja es bewirkt vielfach gerade das Gegenteil. Der größte Feind der Autorität ist ihre Heberspannung. Kaiser Wilhelm I. hat seine große Autorität dadurch erlangt, daß er bei allem Vollbewußtsein von der Höhe seiner Stellung stets eine weise Zurückhaltung und Selbstbeschränkung seinen Ratgebern gegenüber walten ließ und sich hütete, ungerufenen Ratgebern sein Ohr zu leihen.“

Bei der ungeheuren Kompliziertheit des modernen Staats, wo der einzelne Mann auch bei der größten Begabung nicht alles allein zu machen und zu beurteilen vermag, kann es der Autorität nur empfindlich schaden, wenn sie nicht die rechte Grenze zu wahren versteht und plötzlich mit Ausdrücken und Urteilen die Welt überflutet, zu denen die ersten Sachverständigen die Köpfe schütteln und die berufenen Berater in Verlegenheit geraten. Der moderne Monarch des konstitutionellen Staats soll nicht in orientalischer Unnahbarkeit thronen, sondern man begrüßt es mit Freuden, wenn er in und mit seinem Volke lebt, sich um alles kümmert, seine Augen auf alles gerichtet hat, die Initiative zu notwendigen Reformen ergreift, Anregungen giebt, aber alles in stetem beratendem Verkehr mit seinen Räten, sonst läuft er Gefahr, Liebhabereien oder plötzliche Empfindungen für Notwendigkeiten zu halten, die dann an den harten Realitäten des Lebens scheitern. Gerade die begabtesten Fürsten sind diesen Gefahren ausgesetzt und die Geschichte kennt viele Beispiele, daß gerade sie, wenn sie ihren eignen Willen zu sehr in den Vordergrund stellen, statt weise, selbstverleugnende Zurückhaltung ihren Räten gegenüber walten zu lassen, schließlich auf ihre unfruchtbare und unglückliche Regierung zurücksehen mußten. Der Fürst soll der oberste Träger der Autorität sein, und er wird es desto mehr sein, je mehr er selbst die von ihm delegierte Autorität seiner Räte und Behörden respektiert und seinem Volke auch in dieser Beziehung mit gutem Beispiel vorangeht. Das hat Kaiser Wilhelm I. gethan, und das hat seiner Autorität nicht allein keinen Abtrag gethan, sondern gerade dadurch ist sie so hoch geworden.“

Die „Konservative Korresp.“ wird vielleicht anerkennen, daß sie vor dem Feldzug gegen die sozialdemokratischen Autoritäts-Untergräber ihre eigene Autorität unter den Blättern ihrer Partei wahren sollte.

Wenn sie nicht beabsichtigt, ihren politischen Gegnern freudigste Geistesfreiheit zu bereiten, muß sie vermeiden, uns als Feinde der Autorität denunzieren und neuen Unterdrückungsgefahren überliefern zu wollen, während dem ihr imigst parteiverwandten „Reichsboten“ die Wahrheithaftigkeit gebietet, die Ursachen der Autoritätsminderung in ganz andren Verhältnissen zu finden.

Die Sozialdemokratie kann an all diesem Fabelschlossigen Durcheinander, das Regierung wie herrschende Parteien bieten, nur ein ungeschicktes Wohlgefallen empfinden.

## Deutsches Reich.

### Rechtsschutz für vaterlandlose Agitatoren.

Die „Hamb. Nachrichten“ brachten in ihrer Nummer vom 19. August vorigen Jahres einen Artikel über die Auslieferung der Werftarbeiter, der an Entstellungen und hanebüchenern Lügen über die Ursachen und den Verlauf des Kampfes das Menschennögliche leistete. Um dem edlen Organ Gelegenheit zu geben, vor dem Forum des Gerichts für seine Verleumdungen und damit auch gleichzeitig öffentlich klar zu stellen, wie Wilhelm II. von seinen Informatoren über den Werftarbeiter-Kampf hintergangen und belogen war, beschloß die Kommission des Hamburger Gewerkschaftsartikels Injurienklage gegen die „Hamburger Nachrichten“ zu erheben. Rechtsanwalt Dr. v. Oldershausen stellte Strafantrag gegen den verantwortlichen Redakteur Dr. E. Hartmeyer. Die Klage stützte sich namentlich auf folgende Ausführungen des genannten Blatts:

Die Werften Hamburgs hätten, so hieß es dort, seit Frühjahr vorigen Jahres fortgesetzte Lohnerhöhungen eintreten lassen, teils für einzelne Arbeiter, teils für ganze Verke. Infolgedessen seien die Arbeiter mit ihrer Lage sehr zufrieden gewesen. Das sei für das Gewerkschaftsartikell unendlich gewesen, es habe beabsichtigt, sein im Einklang begriffenes Ansehen durch neue Erfolge zu heben; der Deutsche Metallarbeiter-Verband sei dazu angetrieben worden, diese Vorbeeren zu erkämpfen. Die Werftarbeiter hätten deshalb Anfang Juni einen sozialdemokratischen Klus erhalten, der auf Verklärung der Arbeitszeit und Abschaffung der Accorarbeit hinzielte. Der „Streik“ sei nicht aus Not begonnen, sondern aus Uebermut vom Gewerkschaftsartikell angezettelt, und man könne nur die Dummheit und Feigheit der Arbeiter bewundern und bemitleiden, die sich die sozialdemokratischen Heher nicht vom Leibe zu halten wüßten.

Die Klage wurde — wir folgen einer Darstellung des Hamburger Echo — persönlich angestrengt für die Personen der Vorstandsmittelglieder des Artikells. Der Antrag auf Eröffnung des Hauptverfahrens wurde abgelehnt. Der ablehnende Beschluß des Amtsgerichts war damit begründet, daß eine Korporation wie das Gewerkschaftsartikell vor Verleumdungen durch das Gericht nicht geschützt sei und daß daher eine solche Korporation auch nicht wegen Verleumdung klagen könne, daß aber weiter auch die Mitglieder des Artikells nicht Individuen, sondern wieder Korporationen seien, die in ihrer Ehre nicht geschützt seien. Schließlich wurde erklärt, daß sich zwar nicht verkenne lasse, daß die Vorstandsmittelglieder des Artikells durch den Artikel des „Hamburger Echo“ beleidigt fühlen könnten, daß sie aber dann persönlich klagen müßten. In der gegen diesen Beschluß eingelegten Beschwerde bewies der lägerische Anwalt nochmals, daß ja die Ausführungen des Amtsgerichts völlig hinfällig seien, ja gar nicht vom Kartell oder von Kartellmitgliedern gelangt werde, sondern von den Personen und für die Personen der vier Vorstandsmittelglieder. Dieser unzulässigen Thatsache konnte sich das Landgericht nun nicht mehr entziehen. Aber — es fand andre Gründe zur Abweisung der Klage. Es heißt in dem Beschluß, es sei allerdings zwar zweifellos, daß die Klagen für ihre Personen klagen, aber ihre Personen seien gar nicht beleidigt. Der Artikel spreche von dem Kartell, nicht von dessen einzelnen Mitgliedern. Der Verfasser habe nur die Handlungsweise des Kartells als Korporation treffen wollen. Verleumdung einer Korporation sei aber nicht strafbar.

Die Judikatur der letzten Jahre hat ungezählte Fälle von Kollektiv-Verleumdungen unter Billigung des Reichsgerichts anerkannt und abgeurteilt, sobald es sich um sozialdemokratische Säuler handelt. Erst im vorigen Sommer wurde der Abgeordnete Rollenbühr als Redakteur des „Hamburger Echo“ wegen Verleumdung des ganzen Offiziersstands verurteilt. Einige besonders krasse Fälle teilte Genosse Haase in der Sitzung des Reichstags vom 7. Februar dieses Jahres mit. Danach wurde der Verleger eines in Ostpreußen vertriebenen Parteikalenders auf einen Strafantrag des Konsistoriums wegen Verleumdung aller evangelischen Geistlichen Ostpreußens zu 6 Wochen Gefängnis verurteilt wegen folgender Worte: „Wenn alle Lügen gegen die Sozialdemokratie bei Euch nicht zielein, dann versuchen Eure Herren, manchmal auch ein Pfarrer, Euch vorzuschwindeln, die Sozialdemokratie wolle den lieben Gott abschaffen und die Religion zerstören.“ Dies Urteil ist vom Reichsgericht ausdrücklich gebilligt. In frischem Gedächtnis ist ja auch der vom Genossen Haase angeführte Fall, wo auf direkte Anweisung des Justizministers wegen Verleumdung der ostpreussischen Agrarier vorgegangen wurde. In dem ostpreussischen Fall handelt es sich um einen sozialdemokratischen Redakteur, in Hamburger um den Publizisten staats-erhaltenden Scharwachermund, der Arbeiter beschimpfte und verleumdete. Sonst holt man aus allen Alterskräften die Rechtsprechung des Reichsgerichts herbei, um mit ihr die Entscheidungen und Urteile zu begründen. Diesmal scheint man aber die Judikatur des Reichsgerichts gänzlich unbeachtet gelassen zu haben.

Wir sind gewiß keine Freunde der Kollektivverleumdungen. Nachdem aber das Reichsgericht diesen Begriff einmal eingeführt hat, so gab es sicher keinen Fall, in dem ein gerichtliches Einschreiten so berechtigt gewesen wäre wie in diesem; denn es galt die gerichtliche Feststellung von wichtigen Thatsachen zu ermöglichen. Auf Grund der lägenhaftesten Informationen hatte der Kaiser in Bremerhaven von vaterlandlosen Gesellen geredet. Jetzt erkent man, daß es für sie auch keinen Rechtschutz giebt, wenn sie versuchen zu beweisen, daß jene Beschuldigungen ungerechtfertigt.

Die Unabhängigkeit der preussischen Justiz. Mit den Anklagen, die von den Genossen Heine und Haase im Reichstag gegen die preussische Justiz erhoben worden sind, beschäftigt sich die amtliche „Berliner Korrespondenz“. Was die Ausführungen Heines anlangt, so beugnet sich das überaus bescheidene amtliche Organ immer noch mit dem Hinweis, Herr Schönstedt habe es nicht nötig im Reichstag zu erscheinen. Er scheint es in der That nur nötig und zwar dringend nötig zu haben, allein in der erzwungenen Abwesenheit des Segners, aus der Sicherheit des preussischen Abgeordnetenhauses, Angriffe zu versuchen.

Was den vom Genossen Haase angeführten Fall betrifft, so versichert die Korrespondenz, der Justizminister würde sich, auch wenn er in der Sitzung anwesend gewesen wäre, nicht haben äußern können, weil ihm der Gegenstand nicht angeht.

Dafür wird aber nun in der „Berl. Korrespondenz“ eine allemögliche Darstellung des Falles gegeben, der Wort für Wort die Behauptungen Haases bestätigt. Es wird angegeben, daß der Königsberger Staatsanwalt sowohl wie der Oberstaatsanwalt, ersterer am 8. Februar, letzterer am 15. März 1899 die Anklage gegen den Gen. Haase wegen Verleumdung ostpreussischer Landwirte abgelehnt habe. Dann heißt es in der amtlichen Anklage weiter:

„Die hiergegen bei dem Justizminister eingelegte weitere Beschwerde vom 27. März 1899 wurde nach Einziehung eines Berichtes des Oberstaatsanwalts durch Verfügung vom 27. April 1899 . . . als begründet erachtet.“

Leider findet sich vor dieser Mitteilung in der allemöglichen Darstellung eine seltsame Lücke. Es wird nicht erwähnt, daß zwischen dem 15. März, wo der Oberstaatsanwalt die Straforderung ablehnte und dem 27. April, wo sie der Justizminister anordnete, am 23. März jene Herrenauskunft stattfand, in der Graf Altdorff dem Herrn Schönstedt schatz machte.

Aus der Verfügung des Justizministers selbst wird die folgende Stelle citirt:

„Wie davon ausgegangen, daß die Bezeichnung „die großen Besitz“ auf die Großgrundbesitzer Ostpreußens zu beziehen ist, und daß diese eine genügend begrenzte Personenmehrheit sind — was nach den Ausführungen des Reichsgerichts auf S. 188, 189 Entsch. in Straff. Bd. 31 nicht ohne weiteres zu verneinen sein wird —, so wird auch angenommen werden müssen, daß alle unter der Kollektivbezeichnung begriffenen Einzelpersonen an sich ausnahmslos als beleidigt gelten können, und daß dieser Erfolg von dem Vorlage des Beleidigers umsofort wurde, soweit dieser nicht erkennbare Ausnahmen machen wollte. (Vgl. auch Entscheidung des Reichsgerichts Bd. VII, S. 178.) Es erscheint daher angezeigt, die Angelegenheit durch Erhebung der Anklage zur gerichtlichen Entscheidung zu bringen. Dazu bemerkt dann die „Berl. Korrespondenz“ mit vollendeter Harmlosigkeit:

„Diese im gewöhnlichen Geschäftsgang erlassene Verfügung, war weder als geheim, noch als vertraulich bezeichnet, (das ist auch vom Genossen Haase nicht behauptet worden. Red. des „Vornachts“); aber selbstverständlich betraf sie lediglich den inneren Geschäftsgang der Staatsanwaltschaft und war zur Mitteilung an das Gericht nicht bestimmt. Ob eine solche Mitteilung trotzdem und gar unter der Aufschrift „ganz vertraulich“ erfolgt ist, ist im Justizministerium nicht bekannt. Sollte dies ungebührliche geschehen sein, so kann hieraus ein Vorwurf gegen den Justizminister nicht hergeleitet werden, da dieser eine solche Mitteilung weder angeordnet, noch gebilligt hat, sie vielmehr auf das Entschiedenste mißbilligen würde. . . . Auf das rethorische Weirer des Abgeordneten Haase etwas zu erwidern, liegt ein Anlaß nicht vor.“

Retorisches Weirer haben wir in der Rede des Genossen Haase nicht gefunden; die Thatsachen sprechen ja für sich selber. Unbegreiflich ist es aber, warum die „Berl. Korrespondenz“ einen Anlaß nahm,

überhaupt auf die Feststellungen des Genossen Haase einzugehen, wenn sie nichts Besseres leisten konnte, als anstatt der lädenlosen Darstellung Haases eine lädenhafte Auswahl zu geben und um zu verurteilen, daß der Justizminister etwas nicht wisse, was der Genosse Haase weiß. Um letzteres glaublich zu machen, dazu bedarf es sicherlich keiner offiziellen Versicherung.

Aufrichtige Beklemme. Herr Stöder versendet an befreundete Blätter das folgende Bulletin seiner Stimmung:

Dank!

Wir sind infolge meiner zweitägigen Kämpfe mit der Sozialdemokratie im Reichstag so viele Kränkungen von Teilnahme und Unterstützung, Glückwünsche, Zusicherungen, Freundschaftsbekundungen und Ermunterungen zugegangen, daß ich unmöglich jedem Einzelnen, der mich begrüßt hat, antworten kann. Ich spreche hiermit allen Freunden meinen aufrichtigen Dank aus, und grüße sie in der Gemeinschaft des Geistes und der Ueberzeugung.

Berlin, 25. März 1901.

Adolf Stöder.

Es ist erfreulich, daß sich in den Kreisen, in denen Stöder lebt, doch noch einige urteilsfähige Leute gefunden haben, die sich über das Auftreten des Hofredigers a. D. nach seinem eignen Geständnis entristet und ihm diese Enttäuschung mitgeteilt haben.

Daß sich freilich der Mann danach bessern wird, erwartet niemand.

Nationalsoziale Schlichtheit. Als wir vor acht Tagen an einer Reihe von verblüffenden Beispielen nachwies, welche Wissenschaft der nationalsoziale Herr v. Gerlach über die ausländische Sozialdemokratie habe, glaubten wir noch, irgend ein scherzhafter Mann habe die Leichtgläubigkeit des an der Wasserfront leidenden Publikaums mißbraucht. Nach der Antwort, die Herr v. Gerlach jetzt „zur Information“ in der „Welt am Montag“ versucht, können wir diese wohlwollende Annahme nicht mehr hegen. Der nationalsoziale Führer scheint vielmehr auch journalistisch seiner geliebten Gimmemorial zu huldigen, die stichtische Rücksicht auf Wahrhaftigkeit und sonstige derartige Sentimentalitäten nicht kennt. Damit wird freilich eine Auseinandersetzung mit ihm ein ebenso zweifelhaftes Vergnügen, wie etwa eine erzwungene Polemik mit „Post“ und „Germania“ Leuten. Dennoch kann man sich der Pflicht nicht entziehen, die Kampfesweise dieser nationalsozialen „Einschleicher“ dem öffentlichen Urteil zu unterstellen.

Herr v. Gerlach hatte den Beweis unternommen, daß die Sozialdemokraten Englands, Frankreichs, Belgiens, Hollands und Oesterreichs teils marxistisch-militaristische, teils kolonialpolitische und monarchistische Kränkungen haben. Wir haben den Unsinn dieser Behauptungen festgestellt. Anstatt zuzugreifen oder den Irrtum zu belachen, kommt nun Herr v. Gerlach und redet von Irrtümern des „Vornachts“. Von Oesterreich zwar redet er nicht mehr, über Belgien und Holland will er ein andermal Licht verbreiten, dagegen glaubt er in Bezug auf Frankreich und England die Position retten zu können, indem er verdunkelnde Dunstwolken aufsteigen läßt. Wo wir hinsichtlich Frankreichs geirrt haben sollen, ist schlechterdings unerfindlich. Gerlach hatte geschrieben, daß die französischen Sozialdemokraten mit drei Ausnahmen für die Chinakredite gestimmt hätten. Wir hatten demgegenüber daran erinnert, daß auf dem Pariser Kongress Sembat erlirt habe, er hätte gegen die Bewilligung protestiert, und zwar im Auftrag der gesamten Fraktion, daß aber die Angelegenheit — die Ausnahmslosigkeit des Protestes ist ja von anderer Seite bestritten worden — nicht völlig geläut sei; jedenfalls kämpften selbst eine alle französischen Sozialisten mit großer Energie gegen die Chinapolitik. Wenn Herr v. Gerlach jetzt auf die Mitteilungen der Genossin Jettin verweist, zwei Abgeordnete hätten doch die Chinakredite bewilligt, so beweist das zwar nichts gegen unsere Darstellung, aber sehr viel gegen die Behauptung des Herrn v. Gerlach, der vor acht Tagen nicht von zwei dissidenten Abgeordneten geschrieben hatte, die für die Kredite gewesen seien, sondern vielmehr behauptete, die Fraktion hätte mit Ausnahme von drei Mitgliedern für die Chinavorlage gestimmt. Ein wesentlicher Irrtum, der aber noch verzeihlicher ist, als die hartnäckige Unterschlagung unsres Hinweises, daß die französischen Sozialdemokraten Führer im Kampfe gegen die Chinapolitik sind gleich den deutschen Genossen.

Dieselbe Schlichtheit zeigt das Verfahren des Herrn v. Gerlach in Sachen des englischen Genossen Hyndman. Er hatte darauf hingewiesen, daß Hyndman für eine Flotte weitesten Umfangs sei, also zu den Marinechwärmer und Wasserpatrioten gehöre. Hatte dieser Verleumdung sich überhaupt einen Zweck, so doch nur den, zu zeigen, daß er Hyndman als einen imperialistischen Welt- und Kolonialpolitiker ansah. Wie stellen sie fest, daß das Gegenteil die Wahrheit sei, hat ja doch Hyndman auch auf dem Pariser Kongress 1900 gesagt:

„Als englischer Sozialist, also als Anhänger des größten Kolonialreichs der Welt, lege ich das größte Gewicht darauf, hier mit dem internationalen Proletariat gegen die Kolonialpolitik zu protestieren. Ich stimme um so lieber der Resolution zu, weil sie auch die schamlose Politik verurteilt, die England gegen Transvaal führt, die uns englische Sozialisten mit Trauer und Scham erfüllt.“ Hyndman giebt dann eine eingehende Schilderung des Räubersystems Englands gegen Indien und die Ursachen der dort periodisch wiederkehrenden Hungernöte. Und dabei müsse man beachten, daß England in Indien nicht etwa eine höhere Kultur geschaffen, sondern vielmehr eine alte Kultur zerstört habe, die viel besser gewesen als unsere. Dasselbe Schauspiel wiederhole sich jetzt in China.“

Herr v. Gerlach aber verrät jetzt, in welchem Sinne er den Genossen Hyndman einen Marinechwärmer und Wasserpatrioten genannt habe. Er beruft sich auf eine Anmerkung in Versteins „Voransetzungen“, wo erwähnt wird, Hyndman vertritt mit großer Entschiedenheit die Idee, daß England zum Schutze seiner Rahrungsmitteleinfuhr eine jeder möglichen Kombination von Segneren gewachsenen Kriegsflotte bedürfe. So sieht für Herrn v. Gerlach ein Marinechwärmer und Wasserpatriot aus! Freilich hatte Herr v. Gerlach zuerst Mißgünstigerweise die Zweckbestimmung der Flotte — den Schutz der Rahrungsmitteleinfuhr — verschwiegen. Somit hätte er ja auch Genossen Hyndman nicht als nationalsozial gefärbten Flottenpatrioten den deutschen Sozialdemokraten vorstellen können und wir hätten es nicht nötig gehabt, die Behauptung v. Gerlachs zu korrigieren. Denn wenn Hyndman aus diesem Grunde und zu diesem Zwecke eine Flotte für notwendig hält, so thut er im Prinzip nichts andres, als was die deutsche Sozialdemokratie thut, wenn sie zum Schutz des Vaterlands ein Volksheer fordert. Nicht wir haben uns also geirrt, sondern Herr v. Gerlach hat sich geirrt, indem er durch Verschwiegenheit der Hauptfrage den Genossen Hyndman des Marxismus im nationalsozialen imperialistischen Sinne zu verdächtigen suchte. Genosse Hyndman, der der eifrigste Befürworter internationaler Verständigung ist, denkt in all diesen Fragen genau so wie die deutsche Sozialdemokratie.

Nun mag Herr v. Gerlach weiter die Welt am blauen Montag ins Blaue „informieren“!

### Die Geheimnisse einer Zwangs-erziehungsanstalt.

Drei Tage lang verhandelte die Strafkammer des Landgerichts Metz gegen den katholischen Geistlichen Thilmont, der beschuldigt wird, in seiner Eigenschaft als Direktor der Besserungsanstalt für katholische Knaben zu Gvingen sich seit Mitte der neunziger Jahre in zahlreichen Fällen gegen die §§ 174 Ziffer 1 und 176 Ziffer 3 des Reichs-Strafgesetzbuchs (Vornahme unzüchtiger Handlungen mit minderjährigen Jünglingen bezw. Personen unter 14 Jahren) vergangen zu haben. Schon im Jahre 1896 waren diesbezügliche Berichte gegen den Angeklagten aufgetaucht, denen er jedoch dadurch zu begegnen verstand, daß er die Verbreiter derselben durch eine Reihe von erfolgreichen Verleumdungsklagen zum Schweigen brachte, wenn in den Urteilsgründen auch gesagt war, der Kläger sei nicht in der Lage gewesen, seine Anschuldigung zu beweisen. Als im vorigen Frühjahr die öffentlichen Verleumdungen gegen Thilmont greifbarere Gestalt annahmen und auch den Weg

in die Presse fanden, sandte die Staatsanwaltschaft Weg einen Vertreter direkt in die Gisinger Anstalt zur Untersuchung der Angelegenheit, worauf Thilmont verhaftet und gegen ihn auf Grund der erwähnten Gesetzesbestimmungen in 12 Fällen die Anklage erhoben wurde. Die Freunde des Verhafteten setzten alle Hebel in Bewegung, um den so schwer Beschuldigten zu retten; selbst in der Presse vertieften sie sich zu der Behauptung, die ganze Sache sei das Radwerk eines Komplotts der Protestanten, die damit der katholischen Kirche und ihren Dienern einen Schlag versetzen wollten. Das Ergebnis der gestern zu Ende gegangenen Hauptverhandlung machte diesen Verdächtigungen allerdings ein jähes Ende. Der als Zeuge vernommene Untersuchungsrichter erklärte das „Komplot“ für ein Hirngespinnst; er habe vielmehr die Belastungszeugen nur mit der größten Mühe aus allen Weltgegenden aufzutreiben vermocht, und auch, nachdem ihm dies gelungen, seien sie nicht etwa in ihren Aussagen gleich über den beschuldigten Pfarrer hergefallen, hätten sich vielmehr anfänglich geweigert, gegen diesen auszusagen, und mit Mühe und Not habe man ihnen Wort für Wort aus dem Munde ziehen müssen. Auch der Versuch der Anhänger Thilmonts, die als Belastungszeugen auftretenden ehemaligen Anstaltszöglinge als unzulässig hinzustellen, mißlang gänzlich. Es wurde festgestellt, daß die Leute, seit sie im öffentlichen Leben stehen, sich sämtlich eines guten Rummens erfreuen und auch noch keine gerichtlichen Strafen erlitten haben. Der Direktor der Erziehungsanstalt Sagenau, als Sachverständiger geladen, verwahrte sich ausdrücklich gegen die Behauptung, daß man den Zöglingen derartiger Anstalten kurzer Hand die Glaubwürdigkeit abspreche; er habe zur Zeit in seiner Anstalt etwa 400 junge Leute, von denen höchstens der vierte Teil keinen Glauben verdiene.

Die Beweisüberhebung bekräftigte denn auch die Aufstellungen der Anklage in allen Punkten. Es wurde festgestellt, daß der Angeklagte selbst in den ersten Monaten seiner Untersuchungshaft sich dem Staatsanwalt und Untersuchungsrichter gegenüber, wie auch in Briefen an Bekannte und Freunde als schuldig bekannt, sich als verlorener Mann bezeichnet habe, der keine Rettung mehr verdiene, und daß hierin erst eine Wendung eingetreten sei, nachdem er den Besuch seines Verteidigers empfangen hatte.

Die zwölf hauptsächlichen Belastungszeugen sagten aus, daß Thilmont sie des öfteren nach den Unterrichtsstunden einzeln bei sich behalten und dann Unsitlichkeiten mit ihnen begangen habe, daß er nachts zu ihnen ins Bett gekommen sei und sie dabei unzüchtig berührt habe u. Einzelnen von ihnen sei das Weibchen ein- bis zweimal, im ganzen mindestens 20 mal passiert. Auch die Behandlung geschlechtlicher Erkrankungen habe der Pfarrer bei seinen Zöglingen dazu benutzt, um sich ihnen in unzüchtiger Weise zu nähern. Einer der Entlastungszeugen, der gegenwärtig in Köln beim Militär steht, sagte aus, daß ihm ein mit Thilmont befreundeter Lehrer an der Gisinger Anstalt einige Wochen nach der Verhaftung des Angeklagten einen Brief geschrieben und 5 M. geschickt habe. Am Schluß des Briefes war bemerkt, der Lehrer hoffe, daß der Zeuge ein braver und dankbarer junger Mann sei und sich nicht dazu verleiten lasse, gegen den Pfarrer Thilmont schlecht zu handeln. Nach Beendigung der Beweisüberhebung wurden alle Belastungszeugen nochmals in der Sitzungssaal geführt und unter dem Hinweis auf die Schwere ihrer Beschuldigungen und die Folgen einer falschen Aussage aufgefordert, ihre Bekundungen zu widerrufen, falls sie mit der Wahrheit im Widerspruch ständen. Jeder einzelne erklärte aber auf Befragen, daß er nur die reine Wahrheit gesagt habe.

Gestützt auf dieses Ergebnis der Verhandlung beantragte der Vertreter der Staatsanwaltschaft gegen den Angeklagten, bei dem es sich nicht um einen gewöhnlichen Menschen, sondern um einen gewiehenen Priester und berufenen Hüter der Moral handele, eine Zuchthausstrafe von sechs Jahren nebst 10 Jahren Ehrverlust. Das Urteil des Gerichts wird nächsten Donnerstag, den 28. März, gefällt werden.

**Aus dem Großherzogtum Sachsen-Weimar.** Die Landtags-Verhandlungen der letzten Tage waren wieder sehr lebhaft. Die von den Agrariern früher ganz energisch geforderte Beseitigung der Grundsteuer ließ diesmal die Herren ziemlich zahm erscheinen, und das hatte seinen Grund. Im Jahre 1891 erhielten die Mittergutsbesitzer als Ablösung für ihre Steuerfreiheit vom Lande eine Entschädigung von 200 000 Thaler, es war nun beantragt, sofern die gänzliche Aufhebung der Grundsteuer beschlossen wird, sind die damals gezahlten Entschädigungssummen wieder zurück zu erstatten, und so ist es leicht erklärlich, daß unsere Jünger auf die Erklärung der Regierung, aus finanziellen Gründen ginge dies jetzt noch nicht, sich mit einer teilweisen Ermäßigung — ohne etwas zurückzugeben — begnügten. Beschlossen wurde ferner, in Zukunft die Grundsteuer nicht mehr als Staatssteuer zu erheben, und baldmöglichst eine Reformierung des gesamten Steuerwesens vorzunehmen. Nach einem früheren Landtags-Beschluß, mit dem Steigen der Einnahmen aus den Kammergütern auch die Domänenrente (Einkünfte) des Großherzogs zu erhöhen wird die Summe anstatt bisher mit 980 000 M. in der neuen Etatsperiode 1 Million und 5400 M. betragen. Während berechtigter Wünsche der Lehrer, Chauffee-Arbeiter, Forstarbeiter usw. bis auf bessere Zeiten zurückgestellt werden sollen, wurde den evangelischen Geistlichen eine Alterszulage bewilligt, so daß der weimarische Staat für die evangelische Landeskirche über 200 000 M. pro Jahr aufzubringen hat. — Der gegangene Kultusminister v. Balow beabsichtigt wieder in preussische Dienste einzutreten, dem weimarischen Ländchen kostet die dreijährige Wirksamkeit dieses Herrn in der Zukunft noch jährlich 9000 M. an Pension.

**Im württembergischen Landtag** begann am letzten Mittwoch die Beratung einer von der Regierung vorgelegten allgemeinen Beamtengehalts-Vorlage, welche für 1901 1 790 647 M. und für 1902 2 199 859 M. ausmacht. In der Vorlage sind den höheren Beamten große, den kleineren ganz minimale Aufbesserungen ausgesetzt. Für unsere Fraktion hielt Genosse Keil eine das Material vollständig beherrschende fast zweistündige Rede, die von allen Seiten aufmerksam gewürdigt wurde. Die Vorlage wurde in die Finanzkommission verwiesen. Unsere Fraktion wird für starke Aufbesserung der kleinen, für Verschiebung der großen eintreten. In der Debatte spielte die Sozialdemokratie eine wichtige Rolle; Keil antwortete stets in glücklicher Form.

4 C. M. 7 75/00 37. Beglaubigte Abschrift. In der Strafsache gegen den Redacteur Hugo Pöschel in Berlin, geboren den 18. November 1860 zu Köpzig, Kreis Leipzig, evangelisch, wegen Verleumdung durch die Presse, hat die siebente Strafkammer des königlichen Landgerichts I in Berlin am 11. Februar 1901 für Recht erkannt: Der Angeklagte Pöschel wird wegen Verleumdung durch die Presse zu 20 — dreißig — Mark Geldstrafe, im Unvermögensfalle zu 6 — sechs — Tagen Gefängnis und in die Kosten des Verfahrens verurteilt. Dem Verleumdigten, Amtsvorsteher Reinhold in Henschlitz, wird die Befugnis zugesprochen, den erkennenden Teil des Urteils innerhalb vier Wochen nach Zustellung des rechtskräftigen Urteils einmal auf Kosten des Angeklagten im „Vorwärts“ bekannt zu machen und zwar in redaktionellen Teil. Zugleich wird angeordnet, daß alle Exemplare des inkriminierten Artikels sowie die zu seiner Herstellung verwandten Platten und Formen unbrauchbar zu machen sind. Die Nichtigkeit der Abschrift der Urteilsformel wird beglaubigt und die Vollstreckbarkeit des Urteils bescheinigt. Berlin, den 19. Februar 1901. (L. S.) gez. Eggbrecht, Gerichtsschreiber des Landgerichts I. — Für die richtige Abschrift. Berlin, den 22. März 1901, Waganz, Sekretär.

## Ausland.

### Janardelli über den Dreibund.

Die Pariser Ausgabe des „New York Herald“ veröffentlicht ein Interview seines Vertreters mit dem italienischen Ministerpräsidenten Janardelli, wonach derselbe folgendes erklärte:

Italien werde die Verpflichtungen, die der bestehende Dreibundvertrag auferlegt, halten. Was aber die Zukunft anlangt, werde Italien erst nach reiflicher Ueberlegung Verbindlichkeiten eingehen. Das Interesse des Landes müsse allen anderen Erwägungen vorangehen. Das Ministerium werde sich nicht bloß mit den Bündnisverträgen, sondern auch mit den Handelsverträgen zu befassen haben, denn man müsse wissen, welchen Einfluß die Handelsbeziehungen auf die politischen Beziehungen ausüben können. Die politischen Bündnisverträge Italiens gehen vor den Handelsverträgen zu Grunde. Wir werden lange voraus wissen, woran wir uns bezüglich des einen oder anderen zu halten haben. Jedenfalls werden die Verträge, wenn ihre Erneuerung stattfinden sollte, durchaus keinen anderen Zweck als die Erhaltung des Friedens haben. Man wird ihnen den Verdacht einer Animosität gegen Frankreich nehmen, der ihnen leider wiederholt zugesprochen wurde. Es ist unser aller Pflicht, in diesem Sinne zu arbeiten, denn Frankreich und Italien müssen in jedem Falle Freunde bleiben. Am Schluß gab Janardelli nochmals mit sehr lebhaften Worten seiner Sympathie für Frankreich Ausdruck und sprach seine Ueberzeugung aus, daß die Toulon-Veranlassung ein neues Unterpfand der Freundschaft zwischen den beiden Nationen bilden werde.

Die wenig freundliche Sprache Janardellis gegenüber dem Dreibund ist nur zu begreiflich. Ist es doch der Bund mit den Militärstaaten Deutschland und Oesterreich, der dem italienischen Volke ungeheure Opfer für Militarismus und Marinismus auferlegt. Die Rede Janardellis läßt ferner durchblicken, daß die von dem deutschen Agrarier und der Regierung betriebene Zollpolitik die neuen Handelsverträge mit Italien erschweren wird und dazu führt, daß sich Italien wieder mehr an Frankreich anzuschließen sucht.

## Belgien.

Eine Kongressdebatte ist nach Ostern in der Kammer zu erwarten. Dem „Petit Bleu“ zufolge werde die Frage bezüglich der Wiederübernahme des Kongressrats seitens Belgiens, welche den Kammern nach Ostern unterbreitet werden soll, folgende Lösung finden: Die Regierung werde vorschlagen, den Kongressrat sofort wieder zu übernehmen und zwar als belgische Kronkolonie, die vom König ohne direktes Eingreifen des Parlaments verwaltet wird.

## Brasilien.

Monarchistische Verschwörungen sind in Brasilien seit der Abdankung des Kaisers Pedro II. schon mehrfach entdeckt worden, namentlich gilt das Offizierscorps der Marine als monarchistisch. Auch jetzt wird wieder eine Verschwörung der Monarchisten bekannt. Das Haupt derselben scheint der Admiral Nello zu sein, der den bekannten Aufstand der Flotte 1893 geleitet hatte. Nello ist verhaftet und nach dem Norden gebracht worden, um dort weitere Maßnahmen der Regierung abzuwarten. Außer ihm ist ein Portugiese Namens Borlido verhaftet, der deportiert werden soll. Wie der Korrespondent des „New York Herald“ in Rio de Janeiro meldet, hat Baron Bural, einer der Führer der monarchischen Verschwörung, welcher dieselbe enthielt, Selbstmord begangen, während die Behörden die Angelegenheit weiter verfolgen. Weiter heißt es in der Meldung, daß der Vöbel die religiösen Niederlassungen in Sao Paulo angegriffen und 4 Mönche getötet habe.

## Afrika.

Die Pest. Aus Kapstadt wird berichtet, daß am Sonnabend und Sonntag 12 Personen an der Pest erkrankten, darunter befinden sich 4 Europäer. — Vom Kriegsschauplatz werden nur eine Reihe unbedeutender Schanzengräben berichtet.

## Partei-Nachrichten.

**Parteiorganisation.** Der Landesversammlung der württembergischen Parteigenossen, die am Ostermontag in Stuttgart abgehalten wird, liegt folgender Antrag des Landesvorstands vor:

Zur Besorgung der Geschäfte des Landesvorstands sowie des I. württembergischen Reichstags-Wahlkreises soll, sobald es die finanzielle Lage gestattet, ein Parteisekretariat errichtet werden, dessen Kosten aus den Mitteln der Landesliste und denen der Mitgliedschaft Stuttgart zu decken sind. Dem Landesvorstand bleibt die Bestimmung des geeigneten Zeitpunkts sowie die Anstellung des Sekretärs überlassen.

**Der Provinzial-Parteitag der Pöschelschen Sozialdemokratie** findet am ersten und zweiten Pfingstfesttag in Colmar i. P. statt. Es soll eine Verschmelzung der polnischen und der deutschen Gruppen angestrebt werden, bezw. die polnisch-sozialistische Partei in Preußen sich auflösen und der sozialdemokratischen Partei Deutschlands anschließen. Dahingegen wollen die polnischen Sozialisten in Berlin (von der „Gazeta Robotnicza“), ebenso ein Teil der polnischen Sozialisten im Regierungsbezirk Bromberg (Gnesen, Inowrazlaw) von dieser Verschmelzung nichts wissen.

**Parteipresse.** Mit dem 1. April d. J. wird die bisher als fog. Kopfblatt hergestellte „Niederdeutsche Volkszeitung“ in ein in Düsseldorf erscheinendes Partei-Organ, „Düsseldorfer Volkszeitung“, umgewandelt.

**Die Einführung des allgemeinen gleichen und direkten Wahlrechts für den Landtag** hatten unsere Genossen im Landtage des Fürstentums Lippe beantragt. Der Antrag wurde am Mittwoch vom Landtage abgelehnt.

In derselben Sitzung erklärte der Landtag das Mandat des Genossen Obler für ungültig.

**Das Mandat des Genossen Walther**, des einzigen Sozialdemokraten im loburgischen Speciallandtage, wurde in der Sitzung am Mittwoch beantragt, da die Regierung die Wahlbarkeit Walthers in Zweifel zog. Es werden Erhebungen angestellt werden.

**Totenliste der Partei.** In Frankfurt a. M. starb im Alter von 55 Jahren der Schneider Heinrich Berthold. Der Verstorbene war ein waderer Kampfgenosse, der schon in der ersten Zeit des Allgemeinen Arbeitervereins in den Reihen des kämpfenden Proletariats stand. Auch in Berlin ist er thätig gewesen. Die Parteigenossen werden ihm ein ehrendes Andenken bewahren.

## Vollständiges, Gerichtliches usw.

**Wegen Verleumdung eines Unternehmers** wurde der verantwortliche Redacteur des „Sächsischen Volksblatts“, Genosse Albert in Zwickau, zu 50 M. Geldstrafe verurteilt. In einer Notiz des „Volksblatts“ war gesagt worden, daß der Walfabrikant Sieder einen Arbeiter gezwungen hatte, einen ungesetzlichen Kontrakt zu unterschreiben, und dann auf Grund dieses Kontrakts den Arbeiter sofort entlassen habe, weil er, als seine Frau wiederkam, einen halben Tag der Arbeit ferngeblieben war. Trotzdem das Gericht die Ungesetzlichkeit dieses Vertrags ausdrücklich konstatierte, trotzdem das Gericht aus sprach, daß „vielleicht in dem Kontrakt außerdem nicht zu billigen sei“, und daß dieserhalb dem Genossen Albert der Schutz des § 193 (Wahrnehmung berechtigter Interessen) zugebilligt werden müsse, trotzdem erfolgte die Verurteilung.

**Wegen Verteilung von Druckschriften am Sonntag** wurden vom Schöffengericht in Zöbitz zwei Genossen aus Schneiditz zu Geldstrafe verurteilt. Die Verteilung war in nichtöffentlicher Weise erfolgt, und obwohl sich die Angeklagten auf das bekannte Kammergerichts-Urteil beriefen, wurden sie doch verurteilt.

## Gewerkschaftliches.

### Berlin und Umgegend.

#### Verzweigung der Arbeiter.

Ueber dieses Kapitel surfte in der Scharfmacherpresse wieder einmal ein Lügenbericht, der in der Absicht gegen die Gewerkschaften ausgenutzt wird, um gewissen Plänen von jener Seite Vorhub zu leisten.

Besonders eifrig in Verbreitung solcher unbegründeten Aussagen sind die beiden Centrumsblätter, die nicht dagegen haben, daß von ihren angeführten Partei-Unternehmungen organisierte Arbeiter ausgenutzt werden, aber in „arbeiterfeindliche“ Entrüstung geraten, wenn die Arbeiter in einigen Fällen den gleichen Standpunkt in umgekehrter Richtung einnehmen.

Das große Vergehen, dessen sich der Verband der Maurer schuldig gemacht haben soll, besteht nach Angabe jener Blätter darin, daß in Neu-Ruppin die Maurer auf dem Kasernenbau ausständig wurden, weil ihrem Verlangen, einen unorganisierten Kollegen zu entlassen, nicht stattgegeben wurde.

Zu dieser Darstellung wird uns von beteiligter Seite geschrieben:

Auf dem Kasernenbau in Neu-Ruppin handelte es sich nicht um einen Maurer, sondern um einen Bauarbeiter. Auf dem Bau sind 20 Arbeiter beschäftigt, darunter ungefähr die Hälfte, die in Accord Maß und Steine tragen. Der Bauarbeiter Steiner gehörte früher der Organisation der Bauarbeiter an, trat aber im vorigen Jahr aus. Zu dieser Zeit verlangte Steiner bei einer Differenz mit dem Meister, es solle sofort in einen Streik eingetreten werden, während die Organisation den Weg der Verhandlung vorzog. Seit dieser Zeit bekämpft Steiner, dem früher die Organisation nicht schief genug vorging, dieselbe. Am 15. März verhandelte ein Vertreter des Maurerverbands mit den Polieren des Baus und diese erklärten, es wäre noch niemand so rücksichtslos und schief gegen unorganisierte vorgegangen als früher dieser Steiner.

Seit der Zeit seines Austritts aus der Organisation sucht Steiner die organisierten Kollegen fortwährend zu schädigen, sie aus der Arbeit zu verdrängen, indem er sie beim Arbeitgeber answärzt, um dann unorganisierte heranzuholen. Dies geschah schon im Vorjahr, in diesem Jahr wiederholte sich daselbe. Nachdem durch sein insolitäres Verhalten wieder mehrere Kollegen entlassen wurden, erklärten sich die gesamten Bauarbeiter mit den Entlassenen solidarisch und verlangten die Entlassung des Steiner.

Da den Wünschen der Arbeiter nicht Folge gegeben wurde, legten sämtliche Bauarbeiter am 8. März die Arbeit nieder. Am 15. März fand eine Bauhandwerker-Versammlung statt, die zu diesem Fall Stellung nahm. In dieser Versammlung forderte Steiner bei jedem Redner den überwachenden Beamten auf, die Worte genau niederzuschreiben, da er gegen alle Strafantrag stellen würde. Er wolle sie alle ins Gefängnis bringen. Rummel forderte auch die Maurer, daß der Mann entlassen werde. Sie wollten nicht mit einem Mann zusammenarbeiten, der im Stande ist, bei jedem unbedachten Wort, das ein Kollege spricht, zum Denunzianten zu werden. Das Verlangen wurde den Polieren unterbreitet mit dem ausdrücklichen Hinzufügen: der Verband verlange nicht, daß sich der Mann organisiere, sondern man wolle wegen seiner Handlungsweise nicht mehr mit ihm zusammen arbeiten. Die Arbeiter wurden zurückgewiesen, worauf am 19. März der Streik entrat, am Mittwoch war Steiner entlassen.

So der Schilling der Scharfmacher. Das Verhalten der Arbeiter ist ganz einwandfrei, ihr Verlangen war unter diesen Umständen berechtigt. Was soll demgegenüber das Geknebel der Scharfmacher? Sobald uns die Herren erklären: die Unternehmer werden nie wieder einem Arbeiter gebieten, er soll aus der Organisation austreten, sie werden nie wieder bei Streiks Konventionstrafen unter sich festlegen und wie einen Meister boykottieren, weil er dem Unternehmerverband nicht angehört, hätten sie noch einen Schein des Rechts, vorausgesetzt, daß der Fall in der von ihnen beliebigen unmaßigen Darstellung zuträfe, sich zu entrüsten; so aber ist es nur ihre Herremoral, die sich aufbläht, sie betrachten den Arbeiter als gehorsamen Knecht.

### Achtung, Herren-Maschinen!

Bei der Firma D. Herz, Französischstraße, und im Warenhaus für deutsche Beamte befinden sich die Kollegen wegen Nichtanerkennung des Lohntarifs im Ausstand; desgleichen haben die Kostümschneider der Firmen Auger, Ganten, Heilig, Hoffmann, M. Gluck, Fabian und Reich am gestrigen Tage die Arbeit niedergelegt. Sie fordern die schriftliche Garantie, daß in Zukunft die Heimarbeit und Zwischenmeisteri beseitigt bezw. in Zukunft nicht weiter ausgedehnt wird. Wir ersuchen die Kollegenschaft sich solidarisch zu verhalten.

Die Ortsverwaltung des Verbands deutscher Schneider.

**Ein 25jähriges Jubiläum** feierte am vergangenen Sonntagabend die Organisation der Berliner Bildhauer. 25 Jahre besteht der Verein, ein für die Arbeiterbewegung gewiß nicht großer Jubiläum, aber dennoch für unsere Gewerkschaften ein ehrbares Alter, giebt es doch nur wenige, die sich dem Jubiläum gleichstellen können. Die 12 Jahre Sozialistengesetz hat fast alle in früherer Blüte gebrochen und es mußte nach jener dunklen Zeit aufs neue begonnen werden. Die Organisation der Bildhauer gehört zu den wenigen, die das Sozialistengesetz überdauert haben, deshalb der Festesjubel und die Ovationen, die die Mitglieder des Vereins im Saale des Böhmischen Brauhauses so freudig gestimmt zusammengeführt hatte. Und sie hatten ihr bestes ausgeboten, um den Tag würdig zu begehen; wo so viel intelligente Kräfte sich zum frohlichen und auch ernstlichen Wirken vereinen, erhebt sich das Fest aus den gewöhnlichen alltäglichen Arrangements. In launiger Weise zog die Geschichte des Vereins auf der Bühne an uns vorüber, von den tastenden unsicheren Anberührungen bis zur Jetztzeit, dem gereiften Mannesalter. Dann wird der Kunst gedacht. Mit überprudelndem Humor rächte sich die Künstlersehnsucht an den Kadern, die der freien Kunst die Fesseln anlegen wollen und bringt uns die neue Kunstströmung in einer Puppenallee von Marmorstatuen in ulkiger Pose zur Darstellung. Nach dem Beifall zu urteilen, schien die Richtung zu gefallen. — In allem ein treffliches Fest, auf dem aber auch deutlich hervortrat, daß der Organisation nicht die Kräfte ermangeln, die für ein rüstiges Vorwärtsschreiten die Gewähr bieten.

**Sattler.** Die Kollegen der Firma A. u. B. Schulte, Wilhelmstraße 30/31, 14 an der Zahl, haben wegen Nichtbewilligung der für ganz Berlin verlangten und von einer Anzahl anderer Meister bereits bewilligten Forderungen die Arbeit eingestellt. Außer dem Werkführer ist nur noch ein Sattelmacher in der Werkstelle geblieben. Der Junge nach genannter Werkstelle ist ferngehalten.

Außer der Werkstelle von A. u. B. Schulte ist es noch, wie in einer am Montagabend abgehaltenen Sitzung der Vertrauensleute der einzelnen Werkstellen berichtet wurde, in einer Reihe anderer Werkstellen zur Arbeitsniederlegung gekommen. Bewilligt haben außer den in der Sonntagversammlung angegebenen Firmen noch 7 Werkstellen mit 22 Arbeitern. Die Arbeit niedergelegt wurde noch in 15 Werkstellen mit 48 Arbeitern. Die betreffenden Werkstellen sind: Hertel, Prützenstraße; Thom, Wilsnackerstraße; Anzelmann, Altkirchstraße; Ridel, Landsbergerstraße; Meyer, Schildingstraße; Lippert, Charlottenburg; Weinberg, Dresdenerstraße; Lüge, Alexanderstraße; Wetterling, Schöneberg; Fiedler, Friedrichsberg; Opitz, Gr. Frankfurterstraße; Hädner, Ullrichstraße; Warm, Schützenstraße; Seig, Weinmeisterstraße; Wiedemann, Fehmsstraße.

Der Streik bei der Firma Reinhardt hat nach einwöchiger Dauer mit voller Bewilligung der gestellten Forderungen geendigt.

**Die Lohnbewegung der Scharfmacher** wurde in einer am Sonntag abgehaltenen Versammlung folgendermaßen dargestellt: Nachdem die Forderungen eingereicht waren, haben in der vergangenen Woche Kommissionsverhandlungen mit einer Vertretung der Arbeitgeber stattgefunden, die jedoch zu keinem Resultat geführt haben. Wenn also auch mit der Organisation der Arbeitgeber keine Einigung erzielt worden ist, so hatten doch bis zum Sonnabend 18 Werkstellen mit 92 Arbeitern die Forderungen bewilligt, während in 7 Werkstellen mit 18 Arbeitern teilweise Bewilligungen erfolgt sind. Nicht bewilligt haben 22 Werkstellen mit 108 Arbeitern. Eine gute Wirkung auf die Bewegung hat

Die einmütige Arbeitsniederlegung bei der Firma Reinhard geübt, wo zur Zeit der Betrieb völlig ruht. Diese Firma hat auch bereits Unterhandlungen mit den Ausständigen angebahnt. Aufsehen erregte die Mitteilung, daß die Firmen Erb und Wetterling, welche für den königlichen Marstall arbeiten, erklärt haben sollen, sie könnten die aufgestellten Forderungen nicht bewilligen, weil die Arbeiter für den Marstall so schlecht bezahlt werden, daß eine Aufbesserung der jetzt bezahlten Löhne bei diesen Arbeitern nicht möglich sei. Die betreffenden Arbeiter sind der Meinung, daß diese Verhältnisse der für den Marstall maßgebenden Stelle wohl nicht bekannt sein dürften, und die Bekanntgabe der vorstehenden Tatsache hoffentlich eine Aenderung zur Folge haben werde. — Im allgemeinen wurde der Stand der Lohnbewegung als ein günstiger bezeichnet, da die Arbeitgeber, welche bewilligt haben, zu den größten und maßgebendsten der Branche gehören.

Die Versammlung beschloß, bei denjenigen Arbeitgebern, die noch nicht bewilligt haben, am Montag nochmals vorstellig zu werden, und wenn die Forderungen bis Montagabend nicht bewilligt sind, am Dienstag früh die Arbeit nicht wieder aufzunehmen.

**Der Ausstand der Bretterträger** bei der Firma Sauerland Nachf. Bohring u. Co. ist dadurch beigelegt, daß die Firma sich bereit erklärte, den Tarif zu zahlen. Es wäre zu wünschen, daß sich auch anderwärts die Arbeiter so einmütig gegen Lohnreduktionen wehren. Wir bitten aber, in solchen Fällen uns vorher in Kenntnis zu setzen. Die Lohnkommission.

**Die Maler der Firma Lohach u. Oestergrün**, Berlin, Wilhelmstraße 6, haben die Arbeit niedergelegt. Zugut zu fernzubehalten. Die Ortsverwaltung der Vereinigung deutscher Maler.

**Die Maler und Aufreißer der Firma Johannesen und Hansen**, Hagelsbergstr. 11, haben auf den Bauten Regensburgerstraße 2, Münchenerstr. 2 und Victoria-Luisenplatz 10 wegen Maßregelung und Nichterhaltung des Tarifs die Arbeit niedergelegt. Beteiligt sind 47 Berufsgenossen. Die Firma ist gesperrt. Die Gewerkschaft der Maler.

**Die Dachdecker in Potsdam** befinden sich im Ausstand.

**Die hiesigen Portefeuliers** wählten als Delegierte für die Konferenz in Offenbach: Weinschild, Sieck und Schulze, als Ersatz-Delegierten für den Fall der Verhinderung eines der Gewählten Heindle.

**Achtung, Metallarbeiter!** Der Ausstand der Arbeiter der Maschinenfabrik von G. Stein, Blumenstr. 24, dauert fort, trotzdem nach dem Beschluß des Generalrats des Hirsch-Dunderdörfer Gewerkschafts die beteiligten 6 Mitglieder deselben die Arbeit wieder aufgenommen haben. Näheres in der morgen, Mittwoch, Koppenstraße 29, stattfindenden Versammlung. (Siehe Inserat). Deutscher Metallarbeiter-Verband.

### Deutsches Reich.

**Der Streik der Straßenbahner in Halle.** Montag früh gegen 7 Uhr legten 64 Wagenführer der Stadtbahn Halle, Allgemeine Elektrizitäts-Gesellschaft Berlin, die Arbeit nieder. Bei vollen Betrieben gehören zum Fahrpersonal 84 Personen. Auf einigen Strecken ist der Betrieb vollständig eingestellt und die Hauptstrecken werden teils durch die Oberführer und Streckenrechner bedient. Der Streik kam wie ein Blitz aus heiterem Himmel und rief ein gewisses Erstaunen bei dem Publikum hervor. Diejenigen aber, welche die Maßnahmen des Direktors D. L. u. S. und die in jüngster Zeit gegen die Straßenbahnangestellten verhängten Strafen kannten, wußten, daß der Streik nur so lange vom Lande wegging, bis er brach. Jüngst wurde sogar vom Landgericht festgestellt, daß die Direktion einen Wagenführer, der durch Unglücksfall den Arm gebrochen hatte, auch noch mit Strafe belegte. Für Dienstverwehren werden „Neugebder“ von ein bis zehn Mark verlangt. Vor kurzem sollte ein Führer bestraft werden, weil er das Pfeifensignal des Direktors nicht verstanden hatte. Bei der geringsten Kleinigkeit wurden die Führer aufgefordert, Abbitte zu thun. Für Reparaturkosten, die durch Zusammenstöße usw. verursacht waren, wurden den Leuten Beträge bis zu 80 M. abgezogen. Ihre hinterlegte Kaution von 200 M. stand stets auf dem Spiel. Im Laufe der vorigen Woche hatten nun einige Beschreibungen stattgefunden, infolgedessen sich ca. 70 Angestellte dem Verbands der Transportarbeiter z. angeschlossen. Die Direktion scheint davon Kenntnis bekommen zu haben und entließ am Sonnabend drei Personen ohne Angabe jeden Grundes. Damit war das Maß von Bedrückungen zum Ueberlaufen gebracht worden. Eine Sonnabend stattgehabte Besprechung, in der von sozialdemokratischer Seite noch vor einem Streik gewarnt wurde, verfiel der polizeilichen Aufsicht, da die Polizeistunde überschritten sein sollte. Die Versammelten hatten eine Kommission bestimmt, die am Sonntag früh bei der Direktion vorstellig werden und verlangen sollte, die drei gemahregelten Personen wieder einzustellen. Der Direktor fertigte die Kommission auf dem Hofe ab und erklärte, seinen Spitzensold in der Hand schwingend: „Ich lasse mir keine Vorschriften machen.“ Als die Kommission darauf entgegnete, daß die auf dem Hof versammelten Wagenführer dann den Dienst nicht antreten könnten, erklärte der Direktor: „Sie können ja schließlich verlangen, daß ich jeden ersten besten Dummker von der Straße einstellen soll.“ Die Streikenden sandten eine Beschwärdebeschrift an die Generaldirektion in Berlin ab. Hoffentlich belehrt sich der Direktor bald.

**Der Düsseldorf-Gewerkschaftsverein der Maschinenbauer** nahm einen Antrag zu dem XIV. Verbandstag der deutschen Gewerkschaften an, den Revers, der die Sozialdemokraten von der Mitgliedschaft ausschließt, aufzuheben. Ferner wurde folgendem Antrag zugestimmt:

Der Verbandstag beschließt, die Stelle des bisherigen Antivalls abzuschaffen und unter der nötigen Abänderung der Statuten statt dessen einen Generalsekretär aus der Reihe der Verbandsgenossen anzustellen, der die Oberleitung in der Agitation erhält. Derselbe hat sein Augenmerk auf die Gesetzgebung zu richten.

### Ausland.

#### Die Streiks in Frankreich.

vor allem der in Marseille, lenken noch immer die allgemeine Aufmerksamkeit auf sich. Eine entscheidende Wendung scheint indes eingetreten zu sein, wie ein Telegramm vom 24. d. M. zeigt. Danach hatte der Handelsminister Millerand eine längere Konferenz mit dem Kabinettschef Waldeck-Rousseau, welche ausschließlich den Streik in Marseille zum Gegenstand hatte. Es wurde eine Vereinbarung getroffen, wonach Waldeck-Rousseau den Bürgermeister von Marseille sowie Delegierte der Arbeitgeber und Arbeiter zur Bezeichnung eines Schiedsgerichts empfangen soll. Die Antwort des Bürgermeisters, welche noch im Laufe der Nacht eintraf, lautete zustimmend. Der Bürgermeister war hierzu von den Führern der Ausständigen bewußt gemacht worden. Mit seinem Entschluß, den sozialistischen Bürgermeister Flaissières doch noch zu empfangen, hat der Ministerpräsident einen Schritt getan, der ihm die Sympathien weiter Kreise wieder zuwenden wird. Seine Weigerung, Flaissières zu empfangen, ließ sich nämlich durch nichts rechtfertigen. Der Bürgermeister von Marseille verdient alles Vertrauen, er lernt die Arbeiterverhältnisse in den dortigen Docks auf das Beste. Die Kapitalistenblätter diesseits und jenseits der Vogesen fahren zwar fort, ihm die Hauptschuld am Streik beizumessen; ihre Darstellungen sind aber durchaus unwahr. In der „Petite République“ wird ausdrücklich festgestellt, daß Flaissières vom Streik abgeraten hat; als er doch gegen seinen Willen ausgetreten war, hat er allerdings den Ausständigen seine Unterstützung angegeden lassen; jedoch hat er nie aufgehört, sein Möglichstes zur Beilegung der Differenzen zu thun.

Am Sonntag hatte er sämtliche Kammer-Delegierten des Pariser Streiks sowie den Municipalrat und die Mitglieder des Generalrats (Provinzialvertreter) zusammen berufen, um über Beilegung des Streiks zu beraten. Nur — Thierry, der nationalisierte Abgeordnete war nicht erschienen; er wollte

durch sein Fernbleiben wohl den Nachweis bringen, daß es im Interesse der Nationalisten liege, wenn der Streik andauere. — Eine neue Maßnahme der Regierung, die Rassenausweisung von Italienern aus Marseille, wird von den sozialistischen Blättern scharf angegriffen.

Den neuesten Nachrichten zufolge hat die Aussicht auf baldige Beilegung des Ausstands durch Schiedsgerichtsbescheid eine merkwürdige Verhinderung gebracht. Die Maßnahmen zur Aufrechterhaltung der Ordnung sind verringert und die Soldaten von den Straßen zurückgezogen worden.

Der Ausstand der Metallarbeiter gewinnt an Ausdehnung. Ein Telegramm vom Montag enthält folgende Notiz: Die Lage ist heute unverändert, kein Zwischenfall von Bedeutung hat sich bisher ereignet. Die Zahl der im Ausstand befindlichen Maschinenarbeiter beträgt 1200. Einige Straßenbahnwagen verkehren noch. Die Maßregeln zur Aufrechterhaltung der Ordnung sind weniger in die Augen fallend. An den Quais arbeiten etwa 1800 Mann, obwohl Ausständige, die an dem Quai de la Joliette Aufstellung genommen hatten, eine gewisse Anzahl Arbeitswilliger an dem Verstreuen der Docks verhindert haben.

In Montceau les Mines haben am Montag früh die Mitglieder des „gelben Syndikats“ unter dem Schutze von Gendarmen und Soldaten die Arbeit wieder aufgenommen. Ein Zwischenfall ist nicht vorgekommen. Souvert, der sozialistische Bürgermeister von Montceau, hat einen Appell an die Bevölkerung erlassen, in welcher er dieselbe ermahnt, sich ruhig zu verhalten, damit man nicht behaupten könne, daß die seit einigen Tagen in den Straßen verkehrenden Militärpatrouillen eine Notwendigkeit seien. Sonst ist die Lage dieselbe; die Streikenden erwarten von den Bemühungen der sozialistischen Kammerfraktion noch immer einen Erfolg.

In Chalons standen diese Tage 35 Streikführer vor Gericht. Sie waren angeklagt, die Freiheit der Arbeit beeinträchtigt zu haben, sowie Gewaltthätigkeiten verschiedener Art begangen zu haben. Nur einer wurde zu 2 Monaten Gefängnis verurteilt, eine Anzahl erhielt 8 Tage bis einige Wochen Gefängnis, die übrigen wurden freigesprochen.

**Marseille, 25. März.** Gerüchtheilweise verlautet, es sei ein Komplot entdeckt worden, welches sich gebildet hat, um die Docks in Brand zu stecken. Infolge dessen seien drei Kreuzer und ein Torpedojäger von Toulon nach Marseille beordert worden.

**Aus der Schweiz.** Der Verband der Schneider in St. Gallen teilt mit, daß entgegen unserer Meldung die Lohnbewegung noch nicht beendet ist. Vorläufig schweben noch Verhandlungen.

### Sociales.

**Nach den Ergebnissen der Steuereinschätzung in Preußen für 1900** berichtet die „Statistische Korrespondenz“: „Nach der letzten Einkommensteuer-Statistik ist von 1892 bis 1900 die Gesamtzahl der Steuerpflichtigen von rund 2,44 auf 3,38 Millionen, deren Gesamtanlagensoll von 124,84 auf 174,89 Mill. Mark, d. h. um 39,09 Proz., bei den nicht physischen Personen von 10,09 auf 15,99, d. h. um 58,95 Proz., bei den physischen Personen von 114,79 auf 158,40 Mill. Mark, d. h. um 37,99 Proz., gestiegen. Unter den physischen Personen waren auf je 100 Köpfe der Gesamtbevölkerung im Jahre 1892 nur 8,15, im Jahre 1900 dagegen 10,09 Steuerpflichtigen vorhanden. Setzt man den Stand des Jahres 1892 gleich 100, so bedeutet dies eine Zunahme um 23,89 Proz.“

Diese vorläufig nur sehr knappen Angaben lassen doch das eine erkennen, daß die Einkommen der juristischen Personen in außerordentlichem Maße gewachsen sind. Die juristischen Personen, die nur einen verhältnismäßig geringen Bruchteil eines Zehntels der Steuerpflichtigen bilden und ihrer überwiegenden Mehrzahl nach Aktiengesellschaften sind, haben eine verhältnismäßig viel stärkere Vermehrung ihres Einkommens erzielt wie die physischen Personen. Auf den kleinen Teil dieser großen steuerpflichtigen Gesellschaften entfällt mehr als 1/3 der Gesamtsteigerung des Steuerfolls. Dabei muß man die Tatsache im Auge behalten, daß 2/3 aller Steuerzahler nicht mehr als 3000 M. Einkommen haben. Wenn die ausführlichen Nachweisungen vorliegen werden, wird sich zeigen, daß auch bei den physischen Personen die mit über 8000 M. veranlagten wiederum den verhältnismäßig größten Anteil an der Einkommensteigerung haben. Die große Steigerung bei den juristischen Personen läßt diese Annahme als durchaus gerechtfertigt erscheinen. Diese Erscheinungen zeigen, daß die jetzt hinter und liegende Periode des wirtschaftlichen Aufschwungs dem Grobunternehmertum einen außerordentlich viel größeren Segen gebracht hat wie der Arbeiterklasse.

**Schiedsgericht für die sächsischen Konsumvereine.** Eine Versammlung sächsischer Konsumvereine, an der die Vertreter von 73 Vereinen teilnahmen, beschloß am Sonntag in Leipzig die Schaffung eines Schiedsgerichts zur Schlichtung von Streitigkeiten, die zwischen Personal und Verwaltung entstehen. Die Zusammenfassung derselben entspricht den Vorschlägen der dafür eingesetzten gemeinsamen Kommission, die wir schon vor einigen Tagen mitteilten.

**Der Lugauer Steinkohlenbauverein** in Lugau in Sachsen hatte im Jahre 1900 einen Gesamtlohn von 2,244 919 M. Das sind 22 Proz. mehr als im Jahr vorher. Die Ausgabe für Löhne betrug 1 011 898 M. und war um knapp 12 Proz. höher als im vorangegangenen Jahre. Die Lohnausgabe betrug demnach 48 Proz. der Einnahme. Die Unkosten werden mit 542 444 M. = 23,8 Proz. berechnet. Darunter befinden sich jedoch noch 78 973 M. für Reparaturen und außerdem eine nicht aufschreibbare Summe für Steuern und Abgaben, so daß die Unkosten unter 20 Proz. betragen. Reingewinn und Anleihezinßen betragen 542 124 M. = 23,8 Proz.; rechnet man die Ausgaben für Reparaturen sowie für Steuern und Abgaben hinzu, die gleichfalls zum Gewinnvertrage gehören, so geht der Anteil auf über 27 Proz. hinaus. Auf Abschreibungen, die der Geschäftsbericht selbst als hoch bezeichnet, wurden 148 958 M. = 8,4 Proz. verwendet. Man kann also bei reeller Rechnung auf circa 30 Proz. Gewinnanteil am Produktionsertrage rechnen.

Es wurden durchschnittlich 805 Arbeiter beschäftigt, so daß der Lohn pro Arbeiter 1180 M. betrug. Da der wirkliche Gewinn mit etwa 670 000 M. berechnet werden kann, so erarbeitete jeder Arbeiter einen Ueberschuß von rund 750 M. Die verteilten Dividenden betragen 28 1/2 Proz. für die Stammaktien und 33 1/2 Proz. für die Prioritätsaktien.

**Volks-Heilstätten in Dänemark.** 974 Ärzte haben an die Regierung und den Reichstag die dringende Aufforderung gerichtet, in allen Volkschichten hervortretenden Bestrebungen zur Erleichterung von Heilstätten für Lungentranke, in denen unermittelte Patienten behandelt werden, so viel wie möglich zu unterstützen. Zugleich machen die Ärzte darauf aufmerksam, daß es notwendig ist, daß gleichzeitig mit der Errichtung von Volks-Heilstätten auf geistigebernehmende Wege der Ausbreitung der Tuberkulose durch Ansehung entgegengearbeitet wird. Besonders Gewicht legen die Ärzte auf die Desinfektion der Sterbefällen und beim Wohnungswechsel von Brustkranken.

### Gerichts-Beitrag.

**Polizeibeamte im Kampf für das Unternehmertum.** Aus Rudolstadt in Thüringen wird uns berichtet: Seit Freitag finden vor dem hiesigen Schwurgericht Verhandlungen gegen 17 des Aufruhrs, Landfriedensbruchs, der Körperverletzung und Beamtenbeleidigung angeklagten Vorzeitarbeiter statt; 10 davon gehören zu den bei der Firma Schäfer u. Vater Streikenden, 7 sind Nichtstreikende. Den Angeklagten wird zur Last gelegt, am 15. Oktober 1900, und in der Nacht vom 26. zum 27. Oktober in Rudolstadt den Schutzmännern, sowie Arbeitswilligen geschlagen, sich der Verhaftung widersetzt und den Schutzmännern sowie die Arbeitswilligen beleidigt zu haben. Die Angeklagten sind geständig. Sie entschuldigen sich damit,

daß sie erregt waren, weil die Polizei sich dazu hergab, der Firma Arbeiter zu verschaffen, indem sie die auf der Wache zum Abholen des Stadtgeschwends sich meldenden Handwerksburschen an die Firma wies und event. die Auszahlung des Geschwends verweigerte. Ebenso mußte der Polizeiwachmeister als Zeuge selbst zugeben, daß er zu einer Frau gegangen sei und sie gefragt habe, warum sie nicht mehr zu Schäfer und Vater zur Arbeit gehe; sie möchte doch ja die Arbeit gleich wieder aufnehmen, wenn sie gesund sei. Ja, selbst ein in anderer Arbeit Beschäftigter, ein Dachdecker, war von einem Schutzmännern aufgesordert worden, doch bei Schäfer u. Vater zu arbeiten, dort könne er bis 36 M. verdienen. Eindrucksvoll war die Darstellung des Sachverhalts durch einen der Angeklagten, indem er ausführte, daß sie durch das Zusammengehen der Arbeitgeber und der Polizei geradezu zur Verzweiflung getrieben worden seien; die Arbeitgeber hätten sich bei hoher Konventionalstrafe verpflichtet, keinen Streikenden in Arbeit zu nehmen, die schwarzen Listen seien sogar bis nach Wöhrnen hineingegangen und hier habe das Eingreifen der Polizei ihnen jede Aussicht auf Sieg abgeschnitten. Fabrikbesitzer Schäfer sagt als Zeuge aus, daß ihm in der ersten Zeit die Polizei zu neutral gewesen sei und er darum beim Oberbürgermeister, beim Landrat und selbst beim Ministerium vorstellig geworden sei. Den Geschwornen sind 60 Haupt- und 56 Nebenfragen gestellt.

### Das Urteil.

lautete für Prese, Jaesch, Köstler je 10, Hoerlel zu 9, Jakob zu 8, Dumel zu 8, Gräbner zu 4 1/2, Linke zu 4, Schwarz zu 3 Monaten Gefängnis, 8 Angeklagte wurden freigesprochen. Die Untersuchungsakten wurden bei fünf bisher Inhaftierten teilweise angeordnet. Die Geschwornen verneinten den Landfriedensbruch und Aufruhr und nahmen nur Körperverletzung, Beleidigung und Aufstörung an.

### China.

#### Der russisch-englische Konflikt

soll der schiedsrichterlichen Entscheidung des Grafen Waldersee unterstellt werden. Die Regierungen der beiden Länder haben dem zugestimmt. Derweilen ist man in Peking dabei,

#### die Kriegskosten

auszurechnen, die China im Laufe der Jahre zu zahlen. Der aus den Gesandten Deutschlands, Englands, Frankreichs und Japans bestehende Ausschuss, welcher die Basisfragen Chinas prüfen und bezüglich der Bestimmung der Kriegskosten Vorschläge machen soll, hat am Montag seine erste formelle Sitzung abgehalten. Alle maßgebenden Männer im Finanzwesen und sonstigen Fachmänner, auch Robert Hart und Fowler sollen aufgefordert werden, über die Art und Weise der von China zu leistenden Entschädigungen Vorschläge zu machen.

#### Neue Alarmnachrichten.

Vierzehn Meilen östlich von Tientsin soll der britische Missionar Stonehouse von Räubern ermordet worden sein. Die englische Presse beschäftigt sich mit der Haltung Rußlands in Korea und mit der Verabschiedung des englischen Golddirektors, die als eine Folge der russischen Intrigen hingestellt wird. Auch die Antwort des Grafen Lambdors auf die Ansprüche der englischen Regierung wird als ein Zeichen dafür angesehen, daß Rußland entschlossen sei, in Korea dieselbe Rolle zu spielen, wie in der Mandchurei. „Daily Mail“ weiß zu berichten, daß der russische Gesandte in Seoul die Verabschiedung des dortigen Golddirektors durch seine Regierung bei der koreanischen Regierung erwirkt habe, weil er die Interessen Rußlands schädige. Das Blatt fügt hinzu, daß der russische Gesandte die koreanische Regierung ersucht habe, nur russische Polizeibeamte anzustellen. „Daily Telegram“ ist der Ansicht, die Haltung Rußlands bedeute eine Gefährdung der allgemeinen Lage im äußersten Osten. — Dasselbe Blatt meldet aus Kogofski, die japanische Flotte habe Befehl erhalten, sich sofort nach Korea zu begeben. Die Lage wird dort als sehr ernst bezeichnet.

Diese letztere Meldung wird von anderer Seite dementiert.

#### Letzte Meldungen.

Berlin, 25. März. (W. S.) Wie wir aus absolut sicherer Quelle erfahren, ist der Tientsiner Zwischenfall zu beiderseitiger Zufriedenheit sowohl der englischen als auch der russischen Regierung endgültig beigelegt.

### Letzte Nachrichten und Depeschen.

#### Französische Deputiertenkammer.

Paris, 25. März. (W. S.) Die Beratung des Vereinsgesetzes wird bei Artikel 14 fortgesetzt. Bourgeois wendet sich lebhaft gegen den Unterriht der Kongregationen, welcher auf einen Angriff auf die bürgerliche Gesellschaft hinauslaufe. Redner verliest eine Anzahl Schulaufgaben, welche den Jünglingen der „Gründer der christlichen Schulen“ erteilt worden sind und welche einerseits die Inquisition verherrlichten, andererseits die Freiheit des Gewissens verurteilten und einen Teil der Bürger gegen den andern aufreizten. Bourgeois schließt seine Rede mit den Worten: „Was wollen Sie, daß die so erzagenen Kinder später denken? Sie werden sich auf die Straße begeben, und das wird dann den Bürgerkrieg bedeuten!“ (Weisfall.) Mehrere Deputierte fordern, daß die Rede Bourgeois' öffentlich angelesen werde. Der öffentliche Anschlag wird mit 293 gegen 220 Stimmen von der Kammer beschlossen.

Unterrihtsminister Lehgues hält das Recht des Staats in Sachen des Unterrihts aufrecht. Uebrigens würden ja auch die genehmigten Kongregationen nicht von dem Recht ausgeschlossen sein, Unterriht zu erteilen. Der Zweck derselben, sagt der Minister, welche den Artikel 14 bekämpfen, Herfürdung der Universtität. Redner giebt sodann einen historischen Rückblick auf die nach einander bestehenden Gesetze über den Unterriht und schließt mit Bitte an die Kammer, den Kongregationen nicht zuzugestehen, was die Monarchie ihnen verweigert habe. (Langanhaltender Weisfall.)

Aiel, 25. März. (W. S.) Der Kieler Dampfer „Ortus“, mit Kohlen und Eisen von Schottland nach Kiel bestimmt und seit drei Wochen überfällig, ist mit der ganzen Besatzung untergegangen.

Bohum, 25. März. (W. S.) Auf dem Schocht „Hermann“ bei Witten ertranken infolge eindringender Wassermassen drei Bergarbeiter.

Karlruhe, 25. März. (W. S.) Wie die Blätter berichten, wurden gestern morgen in verschiedenen Orten badischen Oberlands und des Schwarzwalds Erdererschütterungen wahrgenommen, welche von einem etwa eine Minute dauernden dumpfen Rollen begleitet waren. Solche Erschütterungen finden u. a. statt in Waldkirch, St. Blasien, Schönau und Schopfheim. In Schönau soll das Erdbeben so stark gewesen sein, daß die Bewohner dadurch aus dem Schlaf geweckt wurden. Die Bewegungen gingen etwa in der Richtung von Norden nach Süden.

London, 25. März. (W. S.) Unterhaus. Auf eine Anfrage erklärt Chamberlain, die Friedens-Unterhandlungen mit den Südafrikanischen Republiken seien geschlossen. Die Regierung bleibe ganz und gar bei den von ihr bereits mitgeteilten Ansichten und habe nicht die Absicht, die Unterhandlungen wieder zu eröffnen.

Petersburg, 25. März. (W. S.) Ein Ministerrat unter dem Vorsitz des Zaren beschloß die Beibehaltung des Gesetzes betreffend die Einstellung der Studenten in die Armee, doch soll dieses Gesetz vorläufig noch nicht in Kraft treten. Außerdem wurde die Aenderung der Statuten für die russischen Universtitäten beschlossen.

Hierzu 2 Beilagen u. Unterdrückungsblatt.

Die Demoralisation der Jugend.

Der unter mysteriösen Umständen erfolgte Tod des Studierenden der Kunst, Peine, der seiner Zeit großes Aufsehen erregte und die Kriminalpolizei längere Zeit beschäftigte, hat eine Anklage gezeitigt, die gestern vor der I. Staatskammer hiesigen Landgerichts I zur Verhandlung kam.

Am 26. August 1900 befand sich der dem Angeklagten eng befreundete Pianist Franz Weine in der Wohnung des Angeklagten, Lüneburgerstraße 24. Der im Jahre 1878 geborene Angeklagte wohnte mit seiner Geliebten, der unverheirateten Herrmann zusammen. Nachmittags gegen 5/4 Uhr fiel plötzlich in dem vorderen sogenannten Herrenzimmer ein Schuß. Als Herrmann und der Angeklagte nach vorn eilten, sahen sie, daß Weine mit einer Schußwunde im Kopf tot auf der Chaiselongue lag.

Die Anklagebehörde sind nun verschiedene Momente zusammengetragen, aus denen hervorgeht, daß ein Selbstmord des Weine ausgeschlossen sei. Durch das Zeugnis der Polizeibeamten soll festgestellt werden, daß die Lage der Leiche der Idee eines Selbstmordes widerspricht. Der Revolver lag nämlich neben der linken Hand des Toten. Die Anklage zieht aus diesem Umstande, ferner aus der Tatsache, daß die Leiche zwischen den Fingern noch eine Zigarre hielt, endlich, daß aus dem Vorleben Weines kein Anhalt zum Selbstmord vorlag, den Schluß, daß Weine von einer anderen Person erschossen sein müsse.

Angeschlagene und seiner Geliebten

Unmittelbar nach der Tat. Herrmann hatte den Schuß gehört, als sie sich in ihrem Schlafzimmer befand; sie war so, wie sie war, in das Herrenzimmer gestürzt und sah, wie der Angeklagte über die Leiche gebückt war und den Kopf des Weine mit beiden Händen hielt. Er rief der Herrmann zu, daß sie zur Unfallstation laufen solle, da vielleicht noch etwas zu retten sei: Die Herrmann lief zu der in demselben Hause wohnenden Frau Rogge und dieser soll die Herrmann gesagt haben: „Denken Sie mal, wie haben beide gespielt, und er hat ihn erschossen.“

Die Trauer um den toten Freund.

Dann begaben sich beide nach dem englischen Väseter unter den Linden, und er versuchte dort zu essen. Dann gingen sie ins Metropolitan-Theater, später in ein Café und schließlich suchten sie, da die Herrmann absteht nicht nach Hause wollte, ein Hotel in der Charlottenstraße auf. Dort schlief er, wie er behauptet, sofort ein, er wurde aber nach einiger Zeit von der Herrmann geweckt, welche behauptete, daß sie nicht schlafen könne, da sie den Weine immer vor sich stehen sehe. Er hat es dann für nötig gehalten, mit ihr wieder in die frische Luft zu gehen. Bis es hell wurde, haben beide weitere Cafés aufgesucht, gegen 5 Uhr kamen sie wieder in der Lüneburgerstraße an. Der Angeklagte behauptet, daß er die Polizeibeamten gefragt habe, ob einer etwa von ihm vorzunehmenden Reise etwas im Wege stehe, er habe aber die Antwort erhalten, daß er ruhig reisen könne, wenn er hier den Scherereien aus dem Wege gehen wolle.

Morphium und Atropin

Die Zeugin Martha Herrmann, die Geliebte des Angeklagten, ist 23 Jahre alt und, wie sie angibt, eigentlich „Plätterlin“. Sie beklagt, daß sie am 25. August abends eine sehr erregte Szene gehabt habe. An jenem Abend sei Herr Weine und Herr Homier zum Besuch gewesen und da sei sie von ihrem kleinen Kinde in den Arm gebissen worden, so daß sie heftige Schmerzen hatte. Die anderen lachten sie wegen dieses Hundebisses aus und das habe sie so geärgert, daß sie während aus dem Zimmer lief. Als sie dann aus dem Herrenzimmer das Klacken hörte, sei ihr, die sehr leicht erregbar sei, der Gedanke gekommen, daß sie ihrem Leben, dessen sie satt gewesen, ein Ende machen wolle. Da habe sie denn zwei vorhandene kleine Flaschen mit Morphium und Atropin ausgetrunken. Diese Vergiftungsgeheimnisse sei keine Komödie gewesen. Der Vorsitzende hält der Zeugin vor, daß sie eine große Gewalt über den Angeklagten gehabt zu haben scheint. Als an jenem Abend der Angeklagte und Weine die von ihr unberechtigt gekannte Homier begleitet wollten, habe sie sehr energisch dazwischen gerufen: „Ich verbiete Dir direkt, mitzugehen!“

zurück. Letzterer folgte nach kurzer Zeit. Nach seiner Darstellung hat er die Herrmann auch seinerseits gebeten, aufzustehen und ist auf ihren Wunsch nach hinten gegangen, um ihr Wäsche zu holen. Darauf habe er Toilette gemacht und da sei plötzlich der Schuß gefallen. Er müsse annehmen, daß Weine vielleicht mit dem Revolver gespielt und sich dabei erschossen habe. Die Tatsache, daß der Schuß von links in den Kopf gedrungen sei, könne nicht so auffallen, da Weine Pianist und Geiger war und er mit der linken Hand im Gebrauch geübt sei als andre Menschen. Den Revolver habe er selbst sich am 12. August gekonnt zum Schuß gegen Einbrecher, die schon mehrere Male seiner im Parterre belegenen Wohnung einen Besuch abstatten wollten. Er habe den Revolver mit drei Kugeln geladen gehabt, und zwar so, daß zunächst dreimal geknirscht wurde, ohne daß ein Schuß losging, und dann erst beim vierten Male ein Schuß kam. Den Revolver habe er, damit er der Herrmann nicht sogleich zur Hand sein könnte, in dem oberen Fach seines Schreibtischs bewahrt. Weine habe gewußt, daß der Revolver dort lag und habe wahrscheinlich ihn herausgenommen und sich damit erschossen. Auf Verfragen des Vorsitzenden erklärt der Angeklagte, daß er mit Weine schon von der Penälerzeit her befreundet gewesen sei. Er selbst befinde sich in

günstiger Finanzlage.

Beim Tode seines Großvaters sei ihm eine Erbschaft zugefallen, und Anfang vorigen Jahres habe er von seinem Vater das Pfand seiner Mutter herausbekommen. Das Erbe des Großvaters habe er noch nicht in eigener Verwaltung, es werde ihm erst bei Antritt des 24. Lebensjahres herausgegeben. Weine habe von den Unterstellungen gelebt, die ihm eine 73-jährige Dame zuwandte; er selbst habe Weine verschiedentlich Gelder im Gesamtwert von einigen hundert Mark „gepumpt“. — Die Gutachten der medizinischen Sachverständigen stimmen darin überein, daß die Möglichkeit eines Selbstmordes nach dem Gange des Brandanfalls und der Lage der Leiche nicht auf alle Fälle ausgeschlossen sei.

Eigentlich Plätterlin.

Die Zeugin Martha Herrmann, die Geliebte des Angeklagten, ist 23 Jahre alt und, wie sie angibt, eigentlich „Plätterlin“. Sie beklagt, daß sie am 25. August abends eine sehr erregte Szene gehabt habe. An jenem Abend sei Herr Weine und Herr Homier zum Besuch gewesen und da sei sie von ihrem kleinen Kinde in den Arm gebissen worden, so daß sie heftige Schmerzen hatte. Die anderen lachten sie wegen dieses Hundebisses aus und das habe sie so geärgert, daß sie während aus dem Zimmer lief. Als sie dann aus dem Herrenzimmer das Klacken hörte, sei ihr, die sehr leicht erregbar sei, der Gedanke gekommen, daß sie ihrem Leben, dessen sie satt gewesen, ein Ende machen wolle. Da habe sie denn zwei vorhandene kleine Flaschen mit Morphium und Atropin ausgetrunken. Diese Vergiftungsgeheimnisse sei keine Komödie gewesen. Der Vorsitzende hält der Zeugin vor, daß sie eine große Gewalt über den Angeklagten gehabt zu haben scheint. Als an jenem Abend der Angeklagte und Weine die von ihr unberechtigt gekannte Homier begleitet wollten, habe sie sehr energisch dazwischen gerufen: „Ich verbiete Dir direkt, mitzugehen!“ Die Zeugin beklagt, daß der Schuß gefallen sei, nachdem ihr der Angeklagte auf ihren Wunsch Wäsche aus dem Hinterzimmer geholt habe. Als sie im tiefsten Regal in das Vorderzimmer eilte, habe sie gesehen, daß der Angeklagte, der ihr zurief, schleunigst nach der Unfallstation zu fliehen, über seinen Freund lag, dessen Wunde mit der Hand zu decken und der Leiche einen Kuß gab. Was sie unmittelbar danach zu irgend welchen Personen in ihrer Erregung gesprochen, wisse sie nicht, ebenso wenig wisse sie, was ihr der Angeklagte gesagt und welche Worte er namentlich gebraucht, als er ihr den Laufendmarkt gab. Sie nehme ganz bestimmt an, daß sich Weine selbst erschossen habe, denn der Angeklagte sei eines Wortes nicht fähig; „er thue nicht einmal einem Tier etwas zu Leide!“ Auf Verfragen des Vorsitzenden verneint die Zeugin, daß Weine sich ihr je in einer Weise genähert habe, die zur Eifersucht hätte Veranlassung geben können. Sie wisse auch nicht, daß an jenem Abend, als sie gekommen, Weine angeblich auf seinem Bett gesessen und sie geküßt habe. Ebenso habe sie auch keine Meinung davon, daß sie nach der Tat zu der Frau Rogge gesagt haben soll: „Die haben gespielt und er hat ihn dabei erschossen.“

Moralisch verkommen.

Einer Geschäftsführerin Wahr hat der Angeklagte sprachlosweise mal aus seiner Jugend erzählt und dabei erwähnt, daß er schon einmal auf sich geschossen habe: Er habe hinzugefügt: sie solle sich nicht wundern, wenn sie einmal in der Zeitung lesen würde, er habe sich erschossen. — Eine Plätterin Fel. Lohe hat f. B. mit Weine ein Verhältnis auf durchaus anständiger Grundlage unterhalten, welches zu einer Heirat führen sollte. Die Zeugin hat im Juni das Verhältnis abgebrochen, weil sie bei Weine Karten von Reklamen vorfand, was ihr nicht paßte. Sie schildert den Weine, der übrigens ohne ihr Wissen auch mit einem außerhalb wohnenden Mädchen seit längerer Zeit ein Verhältnis unterhalte, als einen in Extremen sich bewegenden Menschen. Er habe auf Vorhalt manchmal gesagt, „das sei bei allen Künstlern so“. Die Zeugin hat den Verstorbenen eines Selbstmordes für fähig gehalten, denn er habe auch ihr einmal gesagt: „wenn sie sich von ihm trennte, schaffe er sich eine Angel durch den Kopf.“ — Opernsänger Reind. Schall, ein alter Bekannter des Weine, hat sich von diesem zurückgezogen, weil er sehr viel bummelte, die Nächte durchtrank und moralisch herunter gekommen war. Er habe seine Kunst überhaupt ganz vernachlässigt, seine Untertischstunden gar nicht mehr wahrgenommen und sei sehr nervös und fähig geworden. — Eine Kellnerin Janide, die mit Weine bekannt war, weiß, daß Weine einmal die Selbstsucht hatte und einmal davon sprach, daß er sich noch einmal eine Angel durch den Kopf schießen würde. Der Angeklagte sei immer tiefstimmiger geworden, weil er Angst vor dem Versumpfen hatte und fürchtete, daß er demnächst wohl sein Brot damit verdienen müßte, daß er in den Lokalen Klavier spiele. — Hiernach wird allseitig auf alle weiteren Zeugen verzichtet.

Freigesprochen.

Staatsanwalt Meyer sagt, er sei nicht im Stande, einen Straf Antrag zu stellen, es liege ein non liquet vor. Der Gerichtshof hielt nach ganz kurzer Beratung mit dem Staatsanwalt und dem Verteidiger ein non liquet für geboten und erkannte auf Freisprechung.

Aus der Frauenbewegung.

Freiherr v. Stumm und die Frauenbewegung. Wie haben vor einiger Zeit gegenüber einer verkehrten Darstellung der „Frankfurter Zeitung“ die Gründe angeführt, die Freiherrn v. Stumm veranlaßt haben, bei der Beratung des Bürgerlichen Gesetzbuchs für gewisse Frauenrechte einzutreten. Zu diesem Thema erhält jetzt die „Vorwärts“ eine interessante Aufschrift von Frau Minna Gauer, die unsere Darstellung nur bestätigt. Aus der Erzählung der Frau Gauer geht hervor, daß Herr v. Stumm niemals ein Freund der Frauenbewegung war, ihr vielmehr mit der ganzen Brutalität entgegentrat, die ein besonderes Kennzeichen dieses Herrn war und die ja auch seine Schreiber in der „Post“ oft genug zu lesen besahen.

Frau Gauer erinnert an die Bewegung der bürgerlichen Frauen bei der Beratung des Bürgerlichen Gesetzbuchs im Jahre 1896; sie erzählt, wie sie, um noch einiges für die Frauen zu erreichen, im Auftrage verschiedener Frauenvereine mit solchen Abgeordneten verhandelte, die sich in der zweiten Lesung in frauenfeindlichem Sinne geäußert hatten, und fährt dann fort:

„Dazu gehörte auch Herr v. Stumm; er hatte im Reichstag ganz im Sinne der Frauen über die Gütertrennung in längerer Rede sich geäußert. Auch von ihm erbat ich eine Unterredung, um seine Meinung, wie der andere uns wohlgeleitete Männer einzuholen, welche Mittel und Wege wohl noch in letzter Stunde zur Abwehr der den Frauen ungünstigen Paragraphen einzuschlagen wären. Sämtliche Freunde unter Sache gaben mir in wohlwollender Weise ihre Ratschläge, Herr v. Stumm ließ mir sagen, erst nach der dritten Lesung würde er zu sprechen sein. Das war nun allerdings wertlos, dennoch folgte ich seiner Aufforderung, nachdem das Gesetz verabschiedet war, und in einer mehr als einstündigen Rede entwickelte mir Herr v. Stumm nicht allein seine ganze Gegnerschaft, sondern sogar seinen Groll, ja seinen Haß gegen die Frauenbewegung. Er verurteilte die ganze Bewegung, sprach die kurzschäftigsten Ansichten darüber aus, erregte sich zuweilen derartig, daß es fast peinlich wirkte. Als ich ihn fragte, wie er trotzdem zu einer solchen Rede im Reichstag bei diesen seinen Ansichten gekommen wäre, wick er aus und meinte, man könne sehr wohl für die Gütertrennung eintreten und doch alles sonstige in der Frauenbewegung als falsch anerkennen, beides hänge gar nicht zusammen. Meine Gegenreden reizten ihn offenbar, seine Erregung wuchs von Minute zu Minute, bis er schließlich in die Worte ausbrach: „Ich habe die Macht, die Frauenbewegung an die Wand zu drücken und wir werden alles thun, daß es geschieht.“

Frau Gauer blieb ihm die Antwort nicht schuldig. — Es waren eben nicht ideale Gründe, die den herrschsüchtigen machtbewußten Mann bei dem Eintreten für die Frauenrechte leiteten, nicht Einsicht in die Berechtigung und den Kulturwert der Frauenbewegung, sondern ganz nackte materielle Familieninteressen.

Eingegangene Druckschriften.

Von der „Neuen Zeit“ (Stuttgart, Dieck Verlag) ist soeben das 25. Heft des 10. Jahrgangs erschienen. Aus dem Inhalt heben wir hervor: Dreißig Jahre Reichstag. — Die Industrielle und der Weltmarkt. — Otto von Bismarck. — Die Industrielle. — Der Hunger in Rußland. — Von Alexander Schwan. — Ein Beitrag zur ultramontanen Arbeiterpolitik. — Von August Erdmann. (Schluß). — Ratz über den Sozialismus. — Sozialdemokratie und Bauernsozialisten. — Von Louis Costa, München. — Literarische Rundschau: Max Bruns, Laterna Magica. — Von D. Bach, Maurice Douzel, Manuel de coopération socialiste.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet Montag, Dienstag, Donnerstag und Freitag von 7-9 Uhr abends statt.

Konst. Die obliquatorische Vokale ist durch Reichsgesetz vom 6. Februar 1875 am 1. Oktober 1875 für das Deutsche Reich eingeführt worden.

Wolfsch. Ja, etwa im Jahre 1891 in der Gegend des Schirter Bahnhofs. — G. H. Zahnberg. Das können Sie leider nicht. Sie können aber bestimmen, in welcher Religion Ihr Kind erzogen werden soll. — Otto Richter. 1. Ja. 2. Das Vorgehen seines Geldinstituts ist ungeschicklich. 3. Nein. — W. S. 23. Ein Mann muß doch vierundzwanzigjährige Lebensjahre vollendet haben oder für großjährig erklärt sein, um heiraten zu können. Der für großjährig erklärte, nach nicht 21 Jahre, alte bedarf der elterlichen Einwilligung zur Eheschließung, der Kelterer nicht. Ja der Vater tot oder sein Aufenthalt dauernd unbekannt, so ist die Einwilligung der Mutter erforderlich. Doch der Vater ist aber sein Aufenthalt dauernd unbekannt ist, würde dem Standesbeamten dargelegt sein. In Ihrem Fall wird die Mitteilung des Finanzverwalteramt und eine Einwilligung des Vaters für hinreichend erachtet werden. — Heinrich H. 223 des Strafgesetzbuchs bedroht Körperverletzung mit Geldstrafe von 3 M. bis 1000 M. oder mit Gefängnisstrafe von einem Tage bis zu drei Jahren. § 223a des Strafgesetzbuchs bedroht die sogenannte qualifizierte Körperverletzung (mittels Waffe, unterirdischen Ueberfalls und gemeinschaftliche Körperverletzung) mit der Mindeststrafe von zwei Monaten. — S. Z. 2006. Rein. — S. 34.

H. L. 2. Bestimmung für die Rechtsverhältnisse der Gesellschaften offener Handelsgesellschaft ist der Gesellschaftsvertrag. Es kann ein Gesellschaftsvertrag ohne Eintragung der Gesellschaft aufheben, wenn ein wichtiger Grund vorliegt. Die von Ihnen mitgeteilten Umstände würden wohl von dem Gericht als wichtiger Grund zur Aufhebung erachtet werden. Sie hätten gut, durch einen dortigen Anwalt auf Eintragung der Firma ins Grundbuch und auf Aufhebung der Gesellschaft zu klagen, nicht aber ohne Klage auszureiten. — Barth 600. 1. Rein. 2. bis 4. Wie viel und welche Bauschiffe in China sind und, ist ausführlich wiederholt im politischen Teil mitgeteilt worden. 5. Metallarbeiter-Zeitung, Nürnberg. — H. G. Die Verletzung von der Kirchensteuer tritt für einen aus der Landesgrenze Ausgetretenen mit Ablauf des auf seinen Austritt folgenden Kalenderjahres ein. Darauf ist wiederholt an dieser Stelle hingewiesen. Ihre Anfrage enthielt die jetzt gemachte Angabe, daß Sie seit 10 Jahren ausgetreten seien, nicht, oder so unklar, daß aus ihr entnommen werden könnte. Sie seien im Jahre 00 (1900) ausgetreten. Daher die damalige auf Ihren Fall nicht zutreffende Antwort. — S. Z. 900. Sie befinden sich im Unrecht. — D. W. G. 38 bis 40. Ja. — H. G. Wienerstr. 1. Ja. 2. Rein. 3. Gewerbe-Deputation, Straßburg. 3-6. — W. G. Gegen den Straßburger können Sie eine weitere Begründung einbringen. Es genügt also, wenn innerhalb eines Monats nach Zustellung des Straßbuchs bei dem Amtsgericht ein Schriftstück folgenden Inhalts eingereicht: „Gegen den wider mich erlassenen Straßbuch vom 18. März 1901, Aktenzeichen 124. C. 36. 01, erhebe ich Einspruch.“ W. 2. Ob Ihre Verurteilung erfolgen wird, hängt davon ab, was der Zeuge, der verurteilt wird, auszusagen und ob man ihm darin Glauben schenken wird, daß er Sie vergeblich zum Verlassen seiner Wohnung aufgefordert habe. — H. G. Gebrenstraße. Rein.

H. W. 101. 1, 2, 4. Nach § 50 der Städte-Ordnung können vor dauernder Verwaltung der Verwaltung einzelner Geschäftszweige besondere Deputationen und Mitglieder des Magistrats oder aus Mitgliedern des Magistrats und der Stadtverordneten-Versammlung oder aus diesen und aus ständigen Bürgern, sogenannten Bürgerdeputierten, gewählt werden. Die Stadtverordneten und die Bürgerdeputierten werden durch die Stadtverordneten-Versammlung gewählt, die Magistratsmitglieder vom Oberbürgermeister ernannt. Eine Befähigung durch die Regierung ist nicht vorgeschrieben. Neben dieser Art Deputationen giebt es aber folgende Deputationen, deren Einrichtung auf besondere Bestimmungen beruht: a) Schuldeputation, b) Wasseramt, c) Sanitätsdeputation, d) Service und Einquartierung-Deputation, e) Armendeputationen. Hinsichtlich der Schuldeputationen erachtet die Regierung die Ministerial-Instruktion vom 26. Juni 1811 als noch zu Recht bestehend und der Bestimmung der Städte-Ordnung vorgehend. Nach dieser Instruktion erstreckt sich der Wirkungsbereich der städtischen Schuldeputationen auf sämtliche Lehr- und Erziehungsanstalten. Die Schuldeputationen sollen danach aus je 1 bis 3 Magistratsmitgliedern, Stadtverordneten, des Schul- und Erziehungsamtes ständigen Bürgern, ferner aus Vertretern der Schulen und aus Weibern bestehen. Die Regierung nimmt an, daß ihr ein Befähigungsrecht bezüglich aller Mitglieder der Schuldeputation zustehe. Diese Ansicht ist in Berlin aus Anlaß der Wahl des von den Stadtverordneten gewählten, von der Regierung nicht befähigten Stadtverordneten Singer noch in den letzten Jahren geltend. Sie ist falsch, indes hat die Regierung der Berliner Stadtverordneten schließlich nicht beigepflichtet. Wenn die Stadt eine besondere Deputation zur Wahrnehmung lediglich der äußeren, nicht auch der inneren Schulangelegenheiten beschließen würde, so würde die Tätigkeit der ministeriellen Ansicht noch harter werden. Es wird auch in Ihrer Gemeinde zur Zeit gegen die irrtümliche Anklage des Gefes und der Instruktion nichts zu erreichen sein. 3. Ein besonderes Gesetz, das die obligatorischen Fortbildungsschulen regelt, besteht in Preußen, außer für Belgien und Posen (Gesetz von 1896 und 97) nicht. Die obligatorischen Fortbildungsschulen sind aus Grund der Gesetzes-Ordnung § 120, Absatz 2 zu errichten, und zwar durch statutarische Bestimmungen der Gemeinde. Nach unserer Ansicht hat die Regierung in die Verwaltung der dortigen errichteten Schulen nichts dreinzubringen, die Regierungen sind auf Grund ministerieller Verfügungen aus den Jahren 1823 bis in die trunziger Jahre hinein anderer Ansicht. Es bleibt Ihnen nichts anderes übrig, als eventuell zu verfahren, die Stadtverordneten zu veranlassen, daß gegen eine entgegenstehende Ansicht der Regierung Einspruch und Klage erhoben werde. Weiter läßt sich aber diese außerordentlich gruppige Frage im Rahmen des Briefkastens nicht lösen. Die Instruktion vom 26. Juni 1811 umfaßt mehrere Seiten. Sie ist u. a. in von Köne, Unter-richtswesen, S. 333, abgedruckt.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

**Theater.**  
Dienstag, den 26. März.  
Cyperhaus. Samson und Dalila.  
Schauspielhaus. Johannisnacht.  
Neues Opern-Theater (Kroll).  
Schiller. Der Erdbeber.  
Deutsches. Morgen. Hierauf: Wiedersehen.  
Kessing. Blutschmied als Erzähler.  
Berliner. Ueber unsre Kraft. (1. Teil).  
Residenz. Kontinens Ehemänner.  
Neues. Der Ausflug ins Sittliche.  
Westen. Wohlthätigkeits-Vorstellung.  
Secessionstheater. Bunte Theater.  
Thalia. Der Rabatten-Bater.  
Central. San Toy.  
Friedrich-Wilhelmstädtisches.  
Carl Weiß. Indine.  
Velle. Alliance.  
Metropol. Spezialitäten-Vorstellung.  
Apollo. Spezialitäten-Vorstellung.  
Palast. Spezialitäten-Vorstellung.  
Reichshallen. Stettiner Sänger.  
Passage-Theater. Damen-Ringkämpfe.  
Passage-Panoptikum. Spezialitäten-Vorstellung.  
Urania. Taubenstr. 49/49. (Im Theater)

**Schiller-Theater**  
(Wallner-Theater).  
Dienstagabend 8 Uhr:  
Der Erbforster.  
Mittwochabend 8 Uhr:  
Der Erbforster.  
Donnerstagabend 8 Uhr:  
Ein Schritt vom Wege.

**Thalia-Theater**  
Taubenstr. 72.  
Heute und folgende Tage:  
Der Kadetten-Vater.  
Morgen: Die Bluthochzeit.  
Freitag: Opern-Gastspiel. Der Waffenschmied.

**Carl Weiss-Theater**  
Gr. Frankfurterstr. 132.  
Opern-Gastspiel.  
Der Freischütz.  
Morgen: Die Bluthochzeit.  
Freitag: Opern-Gastspiel. Der Waffenschmied.

**Central-Theater**  
Mit glänzender Ausstattung:  
San Toy  
Morgen u. folgende Tage: San Toy.

**Palast-Theater**  
früher Feen-Palast, Burgstr. 22.  
Das pompöse  
März-Programm!  
The 4 Sisters Barleighs,  
das amerik. Graziöses Quartett.  
Brothers Lington.  
Mac Kean, neu für Europa!  
Die beiden Wenzel.  
Benefiz für Robert Dill.  
Der Walzerkönig.

**Passage-Panopticum**  
Neu! Neu!  
Yvette Guilbert  
in Lebensgrösse.  
Neu! Neu!  
Singhalesen-Truppe  
Entree (inkl. Theater sowie der Raum reich) 50 Pf.

**URANIA**  
Taubenstr. 49/49.  
Im Theater  
Dienstagabend 8 Uhr:  
Unser Rhein  
von der Quelle bis zur Mündung.  
Invalldenstr. 57/62.  
Tägl. Sternwarte.

**Passage-Theater**  
Anfang Sonntags 12 Uhr,  
Wochentags 3 Uhr. Ende 11 Uhr.  
Letzte Woche das glänzenden  
März-Programm.  
Fortsetzung der  
**Damen-Ring-Kämpfe**  
Ringkämpfe nachm. 6 und  
abends 10 Uhr.  
Rosendienstag.  
17 erstklass. Nummern.

**Friedrich-Strasse 165**  
\* **Caslan's Panopticum** \*  
Entree 50 Pf.  
Kinder die Hälfte.

**W. Noacks Theater.**  
Bismarckstr. 10.  
Die Blinde von Paris.  
Drama in 5 Akten von F. Derrmann.  
Nach der Vorstellung:  
Tanzkränzchen.  
Mittwoch:  
Der Glöckner von Notre-Dame.  
Wedding-Park  
Müller-Strasse 178.  
Jeden Dienstag  
Jeden Donnerstag

**Cirkus Renz-Konzert-Tunnel**  
Karlstrasse.  
Wochentags 7 Uhr.  
Sonntags 5 Uhr. Spezialitäten.  
Jeden Sonnabend nach der Vorstellung: Tanz ohne Nachzahlung.

**Riesen-Wallfisch**  
21 Meter lang. 150 000 Pfd. schwer.  
Su besichtigen im grossen amerikanischen Riesentier von morgens 10 bis  
abends 10 Uhr. — Entree 20 Pf. Kinder die Hälfte.  
Kottbusser Damm, Ecke der Boppstrasse.  
Sporthaus zur „Großen Krämpfe“  
herzlich am Wald und Wasser gelegen  
sowie Gasthof zu Müggelheim  
empfehle den wertten Vereinen, Fabriken und Vereinen zu Wasser und  
Landpartien.  
Herrsprach-Rut: Köpenick 186.  
W. Troppens.

**Eugen Joachims Möbelfabrik**  
Neue Königstrasse 59, nahe Alexanderplatz.  
Großer Möbelspeicher, Spezialgeschäft für kleine und mittlere Wohn-  
nang-Anrichtungen. Teilzahlung unter den coulaantesten Bedingungen  
gestattet. Beamten mit ganz geringer Anzahlung. Ganz besonders zu  
empfehlen ist der große Vorrat bester und geschmackvoller  
Möbel, die wie neu sind und billig abgegeben werden. Brautleute,  
welche eine dauerhafte und billige Einrichtung kaufen wollen, bitte ich,  
ohne jeden Kaufzwang mein tolloftes Lager vor Eintausch zu besichtigen.  
Verlangen Sie mein Musterbuch gratis und franco. Durch größere  
Masseneinkäufe und Erspahrung der teuren Ladenmiete bin ich im Stande,  
billige und geschmackvolle Wohnanrichtungen für 150 bis  
10 000 M. zu liefern. Kommode 17, Waschtisch, Divan mit Sitz-  
auszug 35, Spiegel 8, Aufschneidebrett 35, Bettstühle mit Matratze 21,  
Stühle 3, alle Arten Küchenmöbel, Ruhsessel, und Badmöbel, feinste  
Helderspinde, Bestenfalls 36 M., Aufschneidebrett mit Sprungfeder-  
matratze 38, elegante Säulenträume 45, Bücherdrücke, Salon-  
garnituren 105, Buffet aller Art, seidene Garnituren, sehr wenig ge-  
braucht, spottbillig. Ganze Speisezimmer und Schlafzimmer. Gefault,  
Möbel können beliebige Zeit bei mir kostenfrei lagern. (1911)

**Künstl. Zähne**  
ohne Entfernung der Wurzel  
Schmerzloses Zahnziehen.  
Plomben sowie sämtliche  
Zahnoperationen schmerzlos.  
Teilzahlung per Woche 1 Mk.  
Meine 15-jährige Thätigkeit im Beruf bürgt für exakte und  
gewissenhafte Ausführung.  
Franz Steffens, Rosenthalerstr. 61, Ecke Steinstrasse.

**Apollo-Theater.**  
Bernhard Mörbitz  
Miss Deyo & Emmi Kröchert  
Secessions-Gesänge  
Dyas-Rosé-Laszky  
Rob. Steidl  
Ueberbrett-Parodie  
Salerno  
Gregoris & Wolkovsky  
Cecilie Carola.  
Kasseneröffnung 7 Uhr. Anfang  
8 Uhr.

**Metropol-Theater**  
Friedrichstr. 55/57.  
Man lebt ja nureinmal.  
Große Gesangsposse in 5 Akten.  
Vorher:  
Das neue März-  
Spezialitäten-Programm.  
Anf. 1/8 Uhr, der volle 1/2 Uhr.  
Rauchen überall gestattet.

**Sanssouci**  
Donnerstag, Sonntag,  
Montag:  
Hoffmanns  
Nordd. Sänger.  
Neu! Neu!  
Kanalseier.  
Nach jeder Siree: Tanz.  
Wochentags Tanz frei und  
Vereinsbillets gültig.  
In Vorbereitung: Eitelbrüder.

**Reichshallen**  
Stettiner Sänger.  
Zum Schluss:  
Die imitierten  
Tyroler.  
Siehe sämtliche  
Zäulen.  
Jede Taschenuhr reinigen  
ab. Jeder einfl. 1.50 M. und  
Gar. Goldene Damenuhren  
15-100 M. Getragene  
silberne Uhren 5.50 M.  
Teilzahlung gestattet.  
G. Paetzl,  
Wallstr. 14, nahe Spittelmarkt.

**Cirkus Busch**  
Dienstag, den 26. März, 7 1/2 Uhr:  
Ungeordentlicher Abend.  
Herrn: Auftreten des berühmten  
amerikanischen  
Pferdebändigers  
Professor Norton B. Smith. Besonders  
hervorzuheben: Die gefährliche  
Fahrt unter der Teufelsbrücke.  
Zum Schluss: Zum 119. Male:  
Die eiserne Maske.  
Le masque de fer.  
Großes historisches Montage-Schauspiel  
in 4 Akten und 3 Hauptbildern.  
Unter andern: Die Jagd bis  
in die Circusstülpel hinauf.  
Sonntag, 31. März: 2 grosse  
Gala-Vorstellungen. Nachm.  
4 Uhr: „Berliner Landpartien“,  
wogu jeder Erwachsene auf allen Sit-  
plätzen 1 Kind frei hat; weitere Kinder  
die Hälfte. — Abends 7 1/2 Uhr: Die  
eiserne Maske.

**Deutsche  
Konzerthallen**  
An der Spandauer Brücke 3.  
Täglich: Internationale  
Künstler-Konzerte.  
4 ausländische Kapellen.  
Bock-Anstich.  
Täglich grosse Spezialitäten-  
Vorstellung.

**30 Mark  
elegante  
Herren-Anzüge**  
nach Mass,  
**30 Mark  
hochfeine  
Sommer-Paletots**  
nach Mass,  
Für 10 Mark hochelegante Bein-  
kleider nach Mass, (1887L)  
guter Stoff, tadelloser Sitz!  
14 Krausen-Strasse 14,  
1 Tr. Kein Laden. 1 Tr.

**Gelegenheitskäufe!**  
Paletots, Anzüge, Hüte, Koffer,  
Lagerkäufe, Teppiche, Kessel, Repolier,  
Tischdecken, Schirme, Sessel, Gold-  
sachen, Uhren, Ketten, Ringe, Reife-  
zeuge, Porzellan, Gegenstände, Bildern  
u. s. w. zu spottbilligen Preisen.  
**Gustav Lucke,**  
131 Oranien-Strasse 131.

**J. Brünn**  
(Bahnhof Börse) Hackescher Markt Nr. 4.  
Wegen Umbau und Erweiterung  
der Geschäftsräume gelangen große Lagerbestände meiner  
**Teppiche! Gardinen!**  
**Steppdecken! Portieren!**  
zu außergewöhnlich billigen Preisen zum  
**Ausverkauf!**  
Einzelne fehlerhafte Exemplare  
für die Hälfte des Wertes.

**Aug. Stein**  
**Gold- und Silberwaren**  
Berlin 50., 177 Oranienstrasse 177. Ecke Adalbertstr.  
**Einsegnungs-Geschenke**  
Lange Damen-Uhrketten, Herren-Uhrketten von 2 M. an.  
Bontons, Broschen, Ohrgehänge, Goldketten, Perlen, (1887L)  
Trauringe, gefällig gemessen 100, 1-Dulaten 10 M., 2-Dulaten 20 M.  
Süßel. Silberwaren vom billigsten bis feinsten Genre.  
Jeder Gegenstand ist mit deutlich lesbarem Preis ausgezeichnet.

**4 fache  
Haltbarkeit der  
Sohlen.**  
**Semelline**  
SEMELLINE-  
COMPAGNIE  
MÜNCHEN

**SEMELLINE**  
60 und 30 Pf.  
die Tube.  
Ueberall erhältlich,  
wo unsere  
Plakate aushängen.

**Gardinen**  
Specialhaus.  
Berlin S., 158. Emil Lefèvre  
Oranienstr.  
Wunderbare Neuheiten, Gar-  
dinen, Stores, Strohregal in  
Eccellenz u. Jugendstil. Katalog  
ca. 450 Illust. gratis u. franco.  
Reste von 2-6 Fenster spottbillig.  
Rein Gardinen-Apparat  
patent.  
ermöglicht in 5 Min. Verhängung  
von ca. 300 Original-Modellen.

**Möbel**  
und Wohnungs-Einrichtungen  
zu Fabrik-Preisen.  
Gute Werkstoffe im Hause. (1887L)  
Tischlermeister,  
**Bukow, Invalldenstr. 13.**  
Vager: Portier u. I. Etage.

**Goldene Medaille**  
38 Mk. an Liefere  
ich Anzug nach Maß  
H. Wadener reines Stoffe,  
engl. Sergefutter, feine  
Zutaten, 2 Knöpfe, garant.  
tadelst. St. feinste Hand-  
nähar. Paletot nach  
Maß von 30 M.  
an.  
Verkauft im Hause.  
Schnelle Lieferung.  
**Engel, Münzstr. 26.**  
Geegründet 1892.

**Thee**  
Chinesische und Indische  
nur Portofr.  
neueste Versandt  
Ernte v. 5 Pfd.  
pr. Pfd. 1.50, 1.75, 2.00, 2.40, 3.00  
4.00. Theegras pr. Pfd. 1.30 Mk.  
— Preisliste gratis u. franco. —  
**A. Pennitz,**  
Berlin O., Rosenthalerstr. 59.

**Unbedingter Schutz  
gegen  
kalte u. nasse Füße.**

**Maschinen-Anzüge**  
in allen Grössen.  
Anzug 3.00 und 3.50 Mk.  
Jacken 1.50 und 2.75 Mk.  
Hosen 1.50 und 2.75 Mk.  
**Carl Stier,**  
1852\* Oranienstr. 166.

**Fertige  
Kleider**  
enorm billig  
Blusenkleid mit eleganter  
Seiden-Balle 15 M., 18 M.,  
Strassenkleid in neuesten  
Frühjahrsstoffen 20 M., in  
eleganter Ausführung 30 M.,  
Schwarze Kleider in  
neuest. Fantasiestoffen 20 M.,  
25 M.,  
Trauerkleider, alle Wei-  
ter, reich vorräthig, 20 M.,  
Neueste Frühjahrsmode  
Homespunkleid 15 u.  
20 M.,  
Jacketkleider  
elegante Façons  
i. Cheviot u. Homespun 18 M.,  
20 M., in feiner Ausführung  
30 M.,  
Englisches Kleid  
tailor made, tadellos. Big.  
37 M., aus wasserfest. Material.  
Cheviot, Homespun und Tuch,  
feinste Schneiderarbeit, 36 M.,  
45 M.

**Jackets**  
neue moderne Façons,  
8 M., 10 M., 12 M., 15 M.,  
**Kostüm-Röcke**  
in den neuesten Façons,  
Schwarz u. farb., nur 6 M., 7 M.,  
7 M., 10 M., 12 M., 15 M.,  
Schwarze, glatte u. bestickte  
Capes und Kragen in rein-  
wollenem Sammet 10 M.,  
15 M., 20 M.,  
Regenmäntel in neuesten  
Façons 15 M., 20 M.,  
**Sielmann & Rosenberg**  
Kommandantenstrasse,  
Ecke Lindenstrasse,  
Maassanfertigung.

**Cigaretten-Fabrik Palo**  
Palo-Cigaretten sind die besten!  
**Hermann Korn**  
Reichenbergerstr. 130.

**Bruch-Pollmann**  
empfehle sein Lager in Bruchband-  
agen, Leibbinden, Geradhaltern,  
Spritzen, Suspensoren, sowie sämtl.  
Artikel zur Krankenpflege.  
Eigene Werkstatt.  
Vierant (1887L)  
für Ortho- und Hilfs-Krankentassen.  
Berlin O.,  
**30. Tinten-Strasse 30.**

**Honig!**  
Dübend. Bienenhöflich  
beste Qualität, ver-  
sendet 9 Pfd. netto zu  
6.50 M., 5 Pfd. netto  
zu 4 M. jr. Nachh. War. Zürich.  
Nordloh,  
E. Reil, Bahnhof Angustfehn,  
Oldenburg. (10072\*)

**Maschinen-Anzüge**  
in allen Grössen.  
Anzug 3.00 und 3.50 Mk.  
Jacken 1.50 und 2.75 Mk.  
Hosen 1.50 und 2.75 Mk.  
**Carl Stier,**  
1852\* Oranienstr. 166.

**General-Vertretung**  
für Berlin und Vororts  
**J. Liske, W. 57,**  
Culmstrasse 30.

**Achtung!**  
**Socialdemokratischer Wahlverein.**  
 für den sechsten Berliner Reichstags-Wahlkreis  
 Dienstag, den 26. März, abends 8 1/2 Uhr,  
 im Lokale des Herrn Zimmermann, Badstr. 58:  
**Mitglieder-Versammlung.**

Tages-Ordnung:  
 Vortrag des Reichstags-Abgeordneten Zubell über: „Kann das  
 Centrum tolerant sein?“ Diskussion.  
 NB. Am Karfreitag veranstaltet der Wahlverein eine Partie nach  
 Birkenwerder. Treffpunkt früh 7 Uhr bei G. Leinert, Schulstr. 29.  
 Freischütz im Waldmannsdorf, Restaurant Heine u. Sohn. Endziel Birken-  
 werder, Restaurant Wegner, Waldlager. Die Mitglieder sowie die Arbeiter-  
 Gefangenvereine werden um rege Beteiligung ersucht.  
 246/14

**Achtung!**  
**Metallarbeiter!**

Dienstag, den 26. März, abends 8 Uhr, in Kellers Festsaal,  
 Roppenstraße 29:  
**Öffentliche Versammlung.**

Tages-Ordnung:  
 Die Aussperrung bei der Firma Stein und das  
 Verhalten des Hirsch-Dunderfischen Gewerksvereins.

**Deutsch. Metallarbeiter-Verband**  
 Verwaltungsstelle Berlin.  
 Bureau: Engel-Hfer 15, Zimmer 1-5. Sprechsprecher: Amt VII, 353.  
 Mittwoch, den 27. März, abends 8 1/2 Uhr:

**Versammlung**

Drücker, Gürtler, Metallknopf-Arbeiter  
 und Arbeiterinnen  
 im großen Saal des Gewerkschaftshauses, Engel-Hfer 15.  
 Tages-Ordnung:

1. Vortrag des Herrn Max Schütte über: Der Allgemeine Deutsche  
 Arbeiterverein. 2. Diskussion. 3. Renouveau der Gewerksvereine und der  
 Agitationskommission. 4. Verbandsangelegenheiten. 113/7  
 Zahlreiches und pünktliches Erscheinen aller Kollegen und Kolleginnen  
 ist notwendig.  
**Die Ortsverwaltung.**

**Lichtbilder-Männervortrag**  
 Mittwoch, den 27. März, abends 9 Uhr,  
 Kommandantenstraße Nr. 20,  
 Seite 20 Pf. 1 Broschüre.

„Syphilis und Pest“ vom Naturheilk. Grundmann.  
 Sprechst. 12-2, 6-8. Sonntag 10-12. Kurbad Raminstr. 72.

**Charlottenburg.**  
 Mittwoch, den 27. März, abends 8 1/2 Uhr, in der  
 Gambirius-Bränerie, Wallstr. 94:

**Mitglieder-Versammlung**  
 des Socialdemokratischen Wahlvereins für Charlottenburg.

Tages-Ordnung:  
 1. Vortrag des Genossen Dr. Leo Arons über: Weg und Ziel.  
 2. Diskussion. 3. Vereinsangelegenheiten. 250/4  
 Zahlreiches und pünktliches Besuch erwartet  
**Der Vorstand.**

**Paul Burows Möbelfabrik,** Neue  
 Schopenhauer-  
 Straße 2.  
 In meinem großen Möbelspeicher halte stets eine großartige Aus-  
 wahl aller Arten Möbel zum Verkauf. Durch Raffin-Gehäuse, Er-  
 sparung teurer Bodenmiete u. d. m. ist im Lande, ganz bedeutende  
 Vorteile zu gewahren. Ganze Einrichtungen von 150 bis 10000 M.  
 Ganz besonders weise ich auf mein großes Lager vertrieben gewesener,  
 einfacher, sowie hochherzoglicher Möbel hin, welche zu sehr billigen  
 Preisen abgegeben werden: Kuchenschrank oder Mahagoni-Kleider-  
 und Vertikals 36 M., Korridor- und 22. Wäscheleider-  
 Vertikals mit Matrasse und Kissen 22, französische Musik-  
 schränke mit Sprungfeder-Matrasse und Kissen 44 M., Kamin-  
 Spiegel 9, Säulen-Transparenz 45, Piano mit Ständer 36, Ornamente,  
 Paneele mit Satteltischen und Tischbeinigung 36, Salon-  
 schränke mit Spiegel- und Herrenschreibtische, Garderoben-  
 schränke, Bücherschränke u. d. m. Eventuell Einrichtungen gegen Leih-  
 gungen unter sonstigen Bedingungen. Besondere geringe Anzahlung.  
 Bekannte Möbel können beliebige Zeit stehen bleiben und werden sonder  
 transportiert, auch nach anherhalb. [8749]

**Deutscher Holzarbeiter-Verband.**  
 Branche der Korbmacher.

Am Dienstag, den 26. März, abends 8 Uhr, bei Witte,  
 Andreadstraße 26,  
**Versammlung.**

Tages-Ordnung:  
 1. Bericht der Verbands-Kontroll-Kommission und Renouveau derselben.  
 2. Abrechnung vom Referatfonds. 3. Bericht über den 4. Branchen-Angelegen-  
 heit. - Der wichtigsten Tagesordnung wegen ist es Pflicht eines jeden Korb-  
 machers, zu erscheinen.

**Modell- u. Fabriktschler, sowie Modelldrechsler**  
**Branchen-Versammlung**  
 Mittwoch, den 27. März 1901, abends 8 1/2 Uhr, im Lokal  
 „Weddingpark“, Müllerstr. 178.

Tages-Ordnung:  
 1. Bericht über die hiesige Branchenzählung, sowie über die bis-  
 herige Tätigkeit der Verbands-Kontroll-Kommission. 2. Renouveau des Ob-  
 manns und der Verbands-Kontroll-Kommission. 3. Bericht über den  
 Die Kollegen werden dringend ersucht, der wichtigsten Tagesordnung  
 halber recht zahlreich zu erscheinen.  
 Da nach der größte Teil der Werkstätten mit den Berichten betref-  
 fend alle Kollegen unserer Branche im Rückstand ist, so ersuche  
 ich dringend die Kollegen, spätestens bis Dienstag,  
 den 26. März, mit mitzubringen, wie viel Modelltschler, Model-  
 drechsler, Weitschler usw. in den Werkstätten beschäftigt sind, mit be-  
 sonderer Angabe, wie viel organisiert sind.  
**Der Obmann.**  
 Otto Wilke, Bergstr. 70, III.

**Achtung!**  
**Parfettbodenleger!**  
**Achtung!**

Dienstag, den 26. März 1901, abends 7 1/2 Uhr,  
 im Gewerkschaftshaus, Engel-Hfer 15, Saal V  
**Versammlung.**

Tages-Ordnung:  
 1. Vortrag über das Invaliden-Versicherungsgesetz. Referent Kollege  
 Robert Ahrens. 2. Branchen-Angelegenheit. 3. Bericht über den  
 In Anbetracht der wichtigsten Tagesordnung werden die Kollegen ersucht,  
 zahlreich und pünktlich zu erscheinen. Die Verbandsliste werden ersucht,  
 abzugeben.  
**Die Verbands-Kontroll-Kommission.**

**Branchen-Versammlung**  
**der Telephon-Tischler,**

sowie derjenigen Tischler, welche auf photographische,  
 telegraphische und chirurgische Apparate beschäftigt sind,  
 am Mittwoch, den 27. März 1901, abends 8 Uhr, im  
 „Märkischen Hof“, Admiralstr. 18c.

Tages-Ordnung:  
 1. Bericht der Kontroll-Kommission über die Verbandsverhandlungen.  
 2. Die gegenwärtige Situation in der Branche.  
 Es ist Pflicht eines jeden Kollegen, präzis zu erscheinen.  
**Der Einberufer.**

Mittwoch, den 27. März, abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschafts-  
 haus (Saal VII)  
**Branchen-Versammlung**

der  
**Musikinstrumenten-Arbeiter.**  
 Tages-Ordnung:  
 1. Der Militarismus und was er kostet. Referent  
 Waldeck-Banasche. 2. Diskussion. 3. Bericht über den

**Küchenmöbeltischler.**  
 Heute, Dienstagabend 8 Uhr,  
 im „Englischen Garten“, Alexanderstraße 27a:

**Versammlung.**  
 Tages-Ordnung:  
 1. Die gegenwärtige Lage in unserer Branche. 2. Bericht über den  
 Zahlreiches Erscheinen der Kollegen ist notwendig.

**Central-Verband der Maurer.**

Berlin II, Bezirk Oranienburger Vorstadt.  
 Dienstag, 26. März, abends 8 Uhr, im Lokale des Hrn. Gebauer,  
 Friedr. 24:

**Mitglieder-Versammlung.**  
 Tages-Ordnung:  
 1. Vortrag des Kollegen P. Winzler über: „Vorbereitung und Klassen-  
 bewußtsein“. 2. Bericht über den  
 Um rege Beteiligung ersucht  
**Die Verbandsleitung.**

An dem Arbeitersekretariat Nürnberg ist die Stelle  
 eines Sekretärs neu zu besetzen.

Bewerber, die in den Social- und Arbeiter-Ver-  
 sicherungsgesetzen, sowie in dem Gewerkschafts-  
 wesen erfahren und in schriftlichen Arbeiten be-  
 wandert sind, wollen ihre Meldungen unter Angabe  
 ihrer bisherigen Tätigkeit und der Gehalts-An-  
 sprüche bis 15. April d. J. an die unterzeichnete  
 Stelle einsenden; der Eintritt sollte eventuell bis  
 1. Mai erfolgen können. 1090L\*

**Die Aufsichtsstelle des Arbeiter-Sekretariats.**  
 I. A.: Konrad Herrmann, Luitpoldstr. 9.

**MOBEL**

**Auf Credit bei**  
**B. Feder**  
 Berlins kolossalstes Möbel- und  
 Waren-Credit-Haus.  
 Specialität:  
**Zimmer-Einrichtungen.**  
 Geringste Anzahlung.  
 Bequemste Abzahlungsbedingungen.  
 Billigste Preisnotiz.  
 N. Brunnenstr. 1, Eing. Weh-  
 bergsweg.  
 Direkt am Rosenthaler Thor.

**Reinhold Werner**  
 Schneidermeister  
 Gr. Frankfurterstr. 70. Kl. Andreasstr. 12.  
**Elegante Anzüge und Paletots**  
 nach Mass von 30 M. an.  
 Telephone: Amt 7, 23. 1030L\*

Das beste tägliche Getränk.

**van Houtens**  
**Cacao**

ist ein ausserordentlich nahrhaftes Getränk,  
 welches einen wohltuenden Einfluss auf die  
 Nerven ausübt.  
 Unübertroffen für den täglichen Gebrauch.

In Berlin wird van Houtens Cacao tassenweise ausgeschänkt  
 in van Houtens Cacao-Stube, Werderschestrass 7, in  
 der Nähe von Gerson.

**Möbel-Magazin Otto & Slotawa, Tischlermeister, Barg-Magazin**  
 Berlin NW., Bremerstrasse 57. 2. Geschäft: Turmstrasse 31. 8402\* und Beerdigungs-Comptoir.  
 für Strassenhändler Osterarten, 3256  
 Michaelis,  
 20. Königsbergerstrasse 20.

Das im Stadteil Moabit als grösstes bekannte

**Warenhaus P. Rothenberg**  
 Ecke Wilhelmshavenerstrasse Turmstrasse 31 Ecke Wilhelmshavenerstrasse  
 veranstaltet wegen zum zweitenmale notwendig gewordenen Vergrößerung einen

**Räumungs-Verkauf**

in welchem unter anderem nachstehende Waren zu folgenden  
 ungewöhnlich billigen Preisen zum Verkauf gelangen: 1. Ein  
 Vollen gemusterte Kleiderkoffe, doppelte Breite, Nr. 38 Pf. -  
 2. Gemusterte Mohair Alpaca, doppelte Breite, Nr. 48 Pf. -  
 3. Reinwollene Crêpe, doppelte Breite, Nr. 48 Pf. - 4. Ein  
 großer Vollen reinwoll. Beige 110 cm breit, jezt Nr. 75 Pf. -  
 5. Ein Vollen Velour-Planelle in den neuesten Mustern  
 Nr. 25 Pf. - 6. Reinseidene Merveilje jezt Nr. 1,05 M. -  
 7. Reinseidene Damast, nur gute Dessins, jezt Meter  
 1,10 M. - 8. Ein Vollen reinseidene Blusen-Stoffe, in  
 allen Farben, Nr. 63 Pf. - 9. Ein Vollen wolkener Nest-  
 roben, 5-6 Nr., jezt 1,25, 1,80 und 2,40 M. -  
 10. Ein großer Vollen Wollstoff in neuen Mustern, Meter  
 19 Pf. - 11. Ein großer Vollen Wollstoff-Reste a 9 bis  
 4 Nr., 0,55-1,20 M. - 12. Alpaca-Rostum-Röcke,  
 ganz auf Futter, durchschnittlich Stück 2,65 M. - 13. Alpaca-  
 Unterröcke statt 3-4 M. jezt 1,65 M. - 14. Reinseidene  
 Damen-Blusen, ganz gefüttert, statt 6 M. jezt 3,95 M. -  
 15. Scheiden-Gardinen jezt Nr. 4 Pf. - 16. Gardinen weiß  
 und creme jezt Nr. 22 Pf. - 17. Abgewaschte Fenster-  
 Gardinen mit dreimaliger Bänderfassung, Fenster 1,20 und  
 1,75 M. - 18. Tüll-Stores statt 4-5 M. jezt 1,75 und  
 2,25 M. - 19. Saal-Teppiche jezt 3,95 M. - 20. Teppiche  
 extra groß jezt 14,75 M. - 21. Portieren-Stoffe statt 60 Pf.  
 jezt 38 Pf. - 22. Abgewaschte Portieren Stück 1,05, 1,75 M. -  
 23. Gobelin-Tischdecken statt 5-6 M. jezt durchschnittlich  
 2,45 M. - 24. Arminster Bettvorlagen jezt Stück 85 Pf. -  
 25. Fertige Bettzüge, Deckbett mit 3 Kissen, jezt 2,60 M. -  
 26. Fertige Bettzüge, Deckbett und 2 Kissen, 2,95 M. -  
 27. Bettlaken, fertig genäht, Stück 80 Pf. - 28. Damast-  
 Servietten 1/2 Dyd. 1,15 M. - 29. Damast-Handtücher  
 50 cm breit jezt 1/2 Dyd. 1,90 M. - 30. Fendensch, Stück  
 von 20 Nr., jezt 4,40 M. - 31. Neufors, Stück von 10 Nr.,  
 jezt 3,70 M. - 32. Bettzeuge, 80 cm breit, jezt Meter  
 28 Pf. - 33. Außerordentlich billige Moiré-Reste für  
 Unterröcke a 4-5 Nr. jezt 0,90-1,10 M. - 34. Gersten-  
 form-Handtücher, 50 cm breit, jezt 1,70 M. - 35. Küchen-  
 Handtücher, 1/2 Dyd. 60 Pf. - 36. Wirtschaftsschürzen,  
 135 cm breit, auch gebürstet, Stück 1,15 M. - 37. Tischerei-  
 Röcke, Stück 1,45, 1,90, 2,75 und 3,40 M. - 38. Damen-  
 Hemden, mit Achselklapp, Spitze, Languetten und Handtücher,  
 jezt durchschnittlich 1,25 M.  
 Sämtliche hier angegebenen Waren sind in unsern 24 Fenstern  
 ausgestellt.



**Berliner Partei-Angelegenheiten.**

**Den Lokalkommissions-Mitgliedern Verlust,** insbesondere aber denen der Vororte zur Nachricht, daß am Sonntag, den 7. April, die nächste Lokalliste erscheint. Die Einwendungen für Neuaufnahmen sowie Streichung von Lokalen sind bis spätestens den 2. April einzulenden, und zwar für Berlin an Karl Scholz, Wrangeistraße 110; Niederbarnim an Paul Kette, Friedrichstraße, Richtenberger Brücken-Allee 20a; für Teltow-Beeskow an Herrn. Dult, Rixdorf, Döberechtstr. 82, IV.; für Potsdam-Ost-Bezirk an Ernst Rieger, Spandau, Mollstr. 8; unter diverse Orte Gustav Stein, Briesen a. O., Frankfurterstr. 82.

**Adlershof.** Heute Abend findet von freisinniger Seite aus in Adlershof eine Protest-Versammlung gegen den Brotwucher statt. Wenn auch dieses Lokal für die Arbeiterklasse zu Versammlungen nicht zu haben ist, so erlauben wir doch die Parteigenossen, zahlreich die Versammlung zu besuchen, da jede Versammlung, welche Protest gegen die beschriebene Erhöhung der Getreidepreise erheben soll, für die Arbeiterschaft von größter Bedeutung ist. Jeder Parteigenosse agitiere für zahlreichem Besuch.

**Der Vorsitzende des sozialdemokratischen Wahlvereins.**  
**Vorsitzende.** Donnerstag hält der Wahlverein bei Aug. Weiswell einen Vespere- und Diskussionsabend ab.

**Dalldorf.** Mittwoch hält der Wahlverein bei H. Koll einen Vespere- und Diskussionsabend ab.

**Rummelsburg.** Heute, Dienstagabend 8 Uhr, findet im Lokal von Schumann, Neue Prinz-Albertstr. 70 (Rieg), eine öffentliche Versammlung des sozialdemokratischen Vereins statt. Auf der Tagesordnung steht unter anderem wichtiger Punkt auch ein Vortrag des Genossen Rechtsanwalt Victor Frankl „Einiges über Justizräuber“.

**Lokales.**

**Der Staatsauschuh** hat als erste Bausteine für die Errichtung eines städtischen Amtes zur Unterhaltung von Nahrungs- und Genußmitteln den Betrag von 100 000 M. bewilligt. Mit dem Bau soll nach in diesem Jahre begonnen werden. Das Gebäude soll nach den Plänen des Stadtbaurats L. Hoffmann am Rühlendamm auf den jetzt unbenutzten Grundstücken an der neuen Feuerwache in der Fischerstraße errichtet werden. Für die Ausführung von Privatleitungen zu Erleuchtungs-, Koch- und Heizzwecken wurden bei der Beratung des Etats der städtischen Gaswerke 400 000 M. gefordert, d. h. 210 000 M. mehr als in vorigen Jahre. Von der Mehrforderung sind 171 000 M. für bestimmte Zwecke bestimmt, so daß auf die Wasseranlagen nur noch 40 000 M. mehr entfallen. Hierzu lag ein Antrag vor, diese Position um 100 000 M. zu verstärken, damit den Wünschen der Gasabnehmer auf kostenlose Herstellung von Zuleitungsdröhen möglichst entgegengekommen werden könne. Der Antrag wurde abgelehnt, und der Etat unverändert nach dem Entwurf festgestellt. Der Etat der städtischen Markthallen-Verwaltung für das Jahr 1901 wurde unverändert vom Ausschuh angenommen, vom Magistratsvertreter wurde hierbei bemerkt, daß die Bildung eines Arbeiter-ausschusses für die städtischen Markthallen von der Verwaltung in Aussicht genommen worden sei. — Mit sechs gegen sechs Stimmen wurde im Staatsauschuh beschlossen, daß angesichts des drohenden Mißwuchers die Milchproduktion auf den Rieselfeldern wieder aufgenommen werden soll.

**Schulschwänzer.** In der letzten Versammlung der Schulkommissions-Vorsteher wurde wieder einmal über das leidige Thema der Schulverhaunisse verhandelt. Die einen priesen die vor einigen Jahren erfolgte Ueberweisung der Schulverhaunisse an die Polizei als eine Maßregel, die sich als wirksam erwiesen habe. Andre dagegen behaupteten, daß auch das nichts gebracht habe, weil bei Beantragung richterlicher Entscheidung sehr oft auf Freisprechung erkannt werde. Sie empfahlen für solche Fälle die Unterbringung der Kinder in einer Erziehungsanstalt. — Was die ganz hartnäckigen Schulschwänzer betrifft, so befinden sich allerdings manche von ihnen in einem Zustande der Verwahrlosung, der an sich die Unterbringung in einer Erziehungsanstalt ratlos erscheinen läßt. Aber hartnäckiges Schulschwänzen allein rechtfertigt noch keineswegs immer die Ueberweisung an eine solche Anstalt. Die Neigung zum Schulschwänzen beruht gerade in ihren hartnäckigsten Fällen vielfach auf einer krankhaften Anlage, gegen die man am besten einen Arzt zu Rate zieht. Diese Neigung findet sich nicht selten selbst bei Kindern, die in durchaus geordneten häuslichen Verhältnissen leben und deren sonstiges Verhalten jeden Verdacht der Verwahrlosung ausschließt. Vielleicht verliert man es einmal damit, die hartnäckigsten Schulschwänzer dem Schularzt zur Untersuchung und Beobachtung zuzuweisen. Der Schularzt würde sich wahrscheinlich in nicht wenigen Fällen genötigt sehen, unter andern Verhaltensmaßnahmen auch die zu empfehlen, daß die Lehrer den Schulschwänzern gegenüber nicht gleich zum Stock greifen; denn gerade durch den Stock wird eine krankhafte Neigung zum Schulschwänzen nur noch gesteigert.

**Am Gedenktag des Märzkampfes** bagabundiert nach Auffassung der königlich preussischen Polizei die Hydra der Revolution in der Gegend des Friedrichshains, weshalb nicht allein die Schutzmannschaft zwecks Verhinderung des Antriebs zu Hunderten aufgestellt wird, sondern auch die Wege im Hain vielfach abgeperrt werden. Die Hydra ist nach obigelegener Auffassung bei aller Gefährlichkeit doch gewissermaßen polizeifremd und würde im Ernstfall jene über den Weg gelegten Holzstämme, die man sich als Schlagbäume vorzustellen hat, höchst gewissenhaft respektieren. Zu trauen ist dem Hain andererseits aber doch nicht recht, und daher verperrten die langen Ansperrl auch über den 18. März hinaus den Weg. Das ist für die Wähe des Parks sowohl wie auch für diejenigen, die im Krankenhaus einen Besuch abzustatten haben, gerade keine Annehmlichkeit. Die Krankenhaus-Verwaltung hat sich im Interesse des Publikums in den letzten Tagen daher an die Parkverwaltung gewandt, damit diese endlich für Entfernung der Barrieren Sorge trage. Die Parkverwaltung überlam anfänglich so etwas wie ein mit Fährklappen verriegeltes Nichttrauen gegen die Verwaltung des Krankenhauses, weil sie dachte, daß die bagabundierende Hydra sich etwa gar in die Schwesterkorperschaft eingemischt haben möchte. Dann nahm sie Tinte und Papier zur Hand und schrieb nach dem Krankenhaus, daß dem geäußerten Wunsch noch nicht stattgegeben werden könne, weil von höherer Stelle noch keine entsprechende Order eingetroffen sei.

Der gewöhnliche Staatsbürger schilt man, nörgelhaftig, wie er ist, darüber, daß die Wege verperrt bleiben und meint ferner, daß die Wäheringen bei dem herrschenden Mangel an Beleuchtung zu nachtschwarzer Zeit sogar lebensgefährlich seien. Der Rögler sieht aber den Zweck solcher Maßnahme nicht. Am Ende stolpert die Hydra in der Dunkelheit unversehens über eine der Barrieren, bricht das Genid, und das Vaterland ist — überaus dauernd — gerettet.

**Das schloß gerade noch.** Einen offenbar vorhandenen dringenden Bedürfnis will die Direktion von Caspans Panoptikum abheben. Sie teilt mit:

Eine Kunst für Deutschland auf dem Gebiete der Mode wird sich demnächst bei uns einführen. Zur Zeit ist das „Zatowieren“ eine der verbreitetsten Moden in Amerika und England. Die bekanntesten und elegantesten Damen der New Yorker und Londoner Gesellschaft gehören zu

den besten Kunden englischer, amerikanischer und japanischer Zatonierkünstler, die ihnen namentlich die Arme und Schultern mit dem Namen und dem Bildnisse des Geliebten in oftmals vollendet künstlerischer Ausführung zieren. Die Direktion des Caspanschen Weltinstituts hat nun mit einem der „berühmtesten“ Zatonierkünstler Londons einen längeren Vertrag abgeschlossen, und der „Professor“ wird in allernächster Zeit hier eintreffen, um seine Kunst an Weiblein und Männlein, welche diese neueste Mode mitmachen wollen, auszuüben.

Denjenigen der bekanntesten und elegantesten Damen der Berliner Gesellschaft, die entweder z. B. eines Geliebten entbehren oder auch aus Ueberfluß an solchen wegen der Auswahl des Namens in Verlegenheit sind, wäre bei der herrschenden Zeitrichtung zu empfehlen, daß sie sich mit frommen oder patriotischen Emblemen und Sinnsprüchen behelfen. Die so zatonierten Körpertheile könnten dann von den in Betracht kommenden Damen bei passender Gelegenheit der öffentlichen Festlichkeiten preisgegeben werden, was den jetzt leider nur im geringen Maße vorhandenen vaterländischen und frommen Sinn im Volke ohne Zweifel außerordentlich fördern würde.

**Die 12. städtische Fortbildungsschule,** Derfflingerstr. 18a, die Lehrlingen und Schülern aller gewerblichen Berufsarten, jungen Kaufleuten und Bureaugehilfen ausreichend Gelegenheit zur Fortbildung bietet durch Unterricht in Deutsch, Rechnen, Mathematik, Englisch, Französisch, Stenographie, einfacher und doppelter Buchführung, Maschinenzeichnen, Zeichnen jeglicher Art, auch Malen, hat in ihren Lehrplan auch Modellieren aufgenommen; die Kurse für Chemie und Physik zeigen erfreuliche Teilnahme. In Physik werden im Sommer an neuen Apparaten drahtlose Telegraphie, Herzische Wellen und Röntgenstrahlen demonstriert.

Die Aufnahme neuer Schüler erfolgt an den Wochenabenden von 7—9 Uhr bei dem Leiter der Schule, Rektor Haumann.

**Rettung der Stillschleif.** Auf Gerichtsbeschlus wurden nach Verhängung des Staatsanwalts zwei Nummern der Satyr-Bibliothek wegen der Illustrationen „Sufanna im Bade“ und „Coulissenzauber“ polizeilich beschlagnahmt.

**In große Aufregung** gerieten gestern Abend die Besucher des Vergnügungslotals „Neue Welt“ in der Hohenheide infolge eines Brandes, von welchem die Wabenstadt des Establishments betroffen wurde. Gegen 7 1/2 Uhr wurde daszelt einer Schiebhütte auf bis her noch nicht aufgekärte Weise von Flammen ergriffen und das Feuer verbreitete sich mit unheimlicher Geschwindigkeit. In wenigen Minuten stand die ganze Wabenstadt in Flammen, die weitergreifend nach den Nachbarzeilen hinüberstrangen und auch diese in Brand legten. Obwohl es glücklicherweise windstill war, lag doch die Gefahr nahe, daß die ganze Wabenstadt, wie auch die aus Holz errichtete Riesenhalle des Vergnügungslotals von dem Brande ergriffen werden konnte, und so wurde die Hilfe der Berliner Löschmannschaften erbeten, und in kurzer Zeit waren sieben Züge derselben zur Stelle. Dem energischen Eingreifen der Feuerwehrlente gelang es auch mit Hilfe der inzwischen eingetroffenen Rixdorfser freiwilligen Feuerwehrlente, den Brand zu lokalisieren, während die endgültigen Ablösungsarbeiten der Ortsfeuerwehr überlassen blieben. Der angerichtete Schaden ist für die Wabenbesitzer, denen natürlich das gesamte Warenlager vernichtet wurde, um so empfindlicher, als ihre Zelte nicht versichert waren. Der Straßenbahn- und Wagenverkehr durch die Hohenheide war für die Dauer von einer halben Stunde gänzlich gestört.

**Ein guter Gang.** Einige Nähe machte am Sonnabend-nachmittag die Festnahme eines internationalen Einbrechers im Zweiggeschäfte der Berliner Bank in der Königstr. 81. In dem Geschäft erschienen am Sonnabendvormittag zwei sehr geübte Herren, um für 50 000 M. Wertpapiere zu verkaufen. Während der eine sehr gewandt und sicher auftrat, zeigte der andre ein sehr ängstliches Wesen. Das machte die Beamten misstrauisch. Unter dem Vorwand, daß sie nicht Geld genug in der Kasse hätten, boten sie die Kunden, sich bis 8 Uhr nachmittags zu gedulden. Bis dahin würde Geld von der Hauptbank in der Jägerstraße geholt werden. Die Herren waren damit zufrieden und empfahlen sich einstuellen, die Bankbeamten aber schickten zur Kriminalpolizei. Dieser war ein Diebstahl an so viel Wertpapieren weder aus Berlin noch von auswärts gemeldet. Man rechnete aber doch mit der Möglichkeit, es mit Dieben oder Hehlern zu thun zu haben. Daher begab sich nachmittags ein Kriminalkommissar nach der Königstraße und beobachtete das Bankgeschäft. Umst 3 Uhr erschien denn auch einer der beiden Fremden. Unmittelbar nach dem Fremden betrat auch der Kriminalkommissar das Geschäft und knüpfte mit dem Herrn ein Gespräch an. Die Unterhaltung betrafte den Verdacht. Blöcklich stellte sich daher der Kommissar als Kriminalbeamter vor und zeigte seine Erkennungsmarke. Der Fremde erschrak darüber im ersten Augenblick so heftig, daß er alle seine Wertpapiere im Stich ließ und mit großen Schritten den Ausgang zu gewinnen suchte. Als aber der Kommissar ihm folgte, zog er einen Revolver aus der Tasche und drohte, ihn niederzuschleichen. Der Beamte war jedoch noch rascher als er, mit einem festen Griff packte er ihn, er wart ihn zu Boden und entwand ihm die Waffe. Als der Verbrecher ein sah, daß alle seine Nähe umsonst war, steckte er blispfein ein Stück Papier in den Mund, um es zu verschlucken. Der Kommissar aber drückte ihm schleunigst die Kehle zu und holte ihm das Papier wieder aus dem Munde heraus. Mit Hilfe der Bankbeamten wurde schließlich der Ueberwundene gefesselt und mit einer Drofsche nach dem Polizeipräsidium gebracht. Hier ging bald darauf aus Leipzig die Postnachricht ein, daß in der Nacht vorher Einbrecher für 80 000 M. Wertpapiere erbeutet hätten. Auch die Art der Papiere war angegeben. So konnte man aus dem dem Verdächtigten abgenommenen Evidenz feststellen, daß man einen der Täter bereits erwischt hatte, und der Leipziger Polizei hiervon durch den Draht Mitteilung machen. Noch im Laufe der Nacht zum Sonntag kamen von dort Kriminalbeamte hierher, um den Gefangenen abzuholen. Unterdessen hatte dieser sich auch zu einem Geständnis bequemt, da er wohl ein sah, daß Leugnen ihm doch nicht mehr helfen konnte. Der Kommissar hatte einen guten Fang gemacht. Der Gefangene ist ein gefährlicher Raubdieb, nennt sich Häbner und Bauer und gehört zu einer Bande, die vor dem Einbruch in Leipzig schon Magdeburg, Dresden, Braunschweig und Oldesheim teils durch Einbrüche, teils durch Abjag der Reute unsicher gemacht hat. Er war unmittelbar nach dem gelungenen Einbruch hierher gefahren, um die Wertpapiere an den Mann zu bringen, bevor ihr Verlust gemeldet werden konnte.

**Todesfall.** Einen traurigen Abschluß fand für den zweiundvierzig Jahre alten Maurer Emil Schöwe aus der Heimgasse 14 das Nichtfest, das auf dem Neubau des Baumeisters Fhmam in der Poststraße 80 am Sonnabendabend gefeiert wurde. Schöwe nahm mit einigen zwanzig Arbeitsgenossen an einer Joch teil, die der Maurermeister Schmidt in Keller am zweiten Hof des Neubaus abgab. Schöwe konnte nicht viel beitragen und verließ etwas angegriffen den Keller um 8 Uhr abends. Da er nicht wiederkam, so glaubten seine Arbeitsgenossen, daß er still nach Hause gegangen sei. Dort traf er aber nicht ein. Als man Sonntag früh nach ihm die einzelnen Räume des Neubaus absuchte, fand man ihn im ersten Hof im Keller liegen. Der Keller war noch nicht ganz fertig; eine Oeffnung war mit einer Latte verschlagen. Schöwe muß nur auf dem Hofe den Weg verfehlt haben und an die Latte geraten sein. Diese zog er ab und stürzte in den Keller, wo er mit der Stirn auf einige Ziegelsteine, die im Saute lagen, aufschlug. Hilflos kam er dann in der Nacht um. Der Verunglückte hinterläßt seine Frau mit drei Kindern im Alter von 18, 12 und 8 Jahren.

**Verzweiflungsthaten.** Ein Bild des Jammers bot eine Emission, welche vorgestern in dem Hause Treßdowstraße 42 vorgenommen wurde. Dem Schneider R., der auf dem genannten Grundstück die Hausreinigung besorgte, war, weil er sich weigerte, seinen Verpflichtungen nachzukommen, per 1. März gekündigt worden. R. verließ jedoch nach Ablauf der Frist nicht die Wohnung, und so sah sich der Wirt gezwungen, die Emissionenlage anzustrengen. Nachdem derselben stattgegeben, erschien gestern der Gerichtsvollzieher mit mehreren Arbeitern, um die Wohnung zu räumen, fand jedoch die Thür von innen verbarrikadiert und vernagelt. Es mußten ein Schlosser und mehrere Schupleute geholt und dann die Thür gewaltsam erbrochen werden. Raum hatten die Exekutivbeamten endlich die Wohnung betreten, als der Schneider eine Eisenstange ergriff und mit dieser auf die Schupleute einbrang. Nach kurzem Kampfe wurde er jedoch überkölligt und nach der Polizeiwache gebracht. Frau R., die krank und schwächlich ist, verließ in großer Aufregung die Wohnung, während ihre drei Kinder im Alter von 1, 2 1/2 und 4 Jahren allein zurückblieben. Sie mußten von dem Gerichtsvollzieher ebenfalls der Polizei übergeben werden, während das wenige Mobiliar der Familie nach der Pfandkammer geschafft wurde. — Ebenfalls schwierig gestaltete sich eine Emission, die gestern in der Wneifenstraße stattfand. Ein Architekt, welcher infolge Streitigkeiten mit dem Hauswirt die Mietzahlung verweigert hatte, war durch Käumungsfrage zur Freigabe der Wohnung verurteilt. Als der Gerichtsvollzieher erschien, fand er die Wohnungstür mit Kunst und Anhängeschloßern dergestalt verschert, daß selbst ein herbeigeholter Schlosser die Thür nicht zu öffnen vermochte. Der Beamte sah sich genötigt, die Füllung einzuschlagen, um seines Amtes walten zu können. Als der Gerichtsvollzieher mit den Arbeitern den Korridor betrat, lam ihnen der Architekt in größter Erregung mit einem Revolver entgegen und zwang die Männer, sich zu entfernen. Auch hier mußte die Polizei zu Hilfe gerufen werden, und es erschienen alsbald drei Schupleute, die den Architekten festnahmen. Erst jetzt konnte die Emission erfolgen.

**Einem blutigen Ausgang** nahm am Sonntagabend ein Bruderzwist in der Steilmersstraße. Der 43jährige alte Gelegenheitsarbeiter Franz Graubaum aus der Grünhaldenstr. 51 erhielt nachmittags den Besuch seines 89 Jahre alten Bruders Paul aus der Pappelallee 98, mit dem er sich seit Jahren oft gezankt hatte. Von 4 Uhr an besuchten die Brüder mit der Frau und dem achtjährigen Sohn des Franz mehrere Wirtschaften. Abends wollten alle vier nach Weimanns Volkskeller gehen, um die 15jährige Tochter Emma des Franz, die vor vier Wochen ihren Eltern zum drittenmal davongelaufen ist, zu suchen. In der Steilmersstraße blieben Frau Graubaum und ihr Sohn etwas zurück. Vor dem Hause Nr. 7 gerieten um 7 1/2 Uhr die beiden Männer, die schon etwas angegriffen waren, wieder aneinander. Der ältere Bruder zog plötzlich sein Taschmesser und stieß es dem Jüngeren in den Unterleib. Während der Schwerverletzte von Passanten mit einer Drofsche nach der Unfallstation in der Badstraße und von dort nach der Charité gebracht wurde, ging Franz Graubaum mit Frau und Sohn nach Hause. Aber noch in der Nacht um 1 1/2 Uhr wurde er von einem Nachmeister und drei Schupmannern aus der Wohnung heraus verhaftet.

**Ein großer Kellerbrand** wütete Montag früh in der Elasterstraße 67. Der sehr niedrige Keller enthielt eine Menge Verschläge, in denen alter Haubrat, Kartoffeln und dergleichen lagerte. Als bald nach 2 Uhr die Feuerwehre alarmiert wurde, waren bereits sämtliche Verschläge vom Feuer erfaßt, so daß bei der enormen Hitze ein Vordringen der Löschmannschaften sich als unmöglich erwies, zumal auch eine totale Verqualmung vorhanden war. Es blieb daher auch nichts weiter übrig, als den ganzen Kellerraum unter Wasser zu setzen, wozu vier Dampfprimgenöhre stundenlang zu arbeiten hatten. Erst nach 8 Uhr konnte die Wehr wieder abziehen.

**Feuerbericht.** Montagvormittag brannte Elasterstr. 9 Fußboden und Kellenecke. Ein ähnlicher Brand war Unter den Linden 24 abzulösen. Kleine Wohnungsbrände erfolgten Admiralstr. 18d, Vernauerstr. 68, Parochialstr. 10 und Palladestra. 45. Durch übergehobenes Dach war am Sonntag Bismstr. 12 ein kleines Schadenfeuer entstanden. An der Stadtbahn 26 gingen Türen und Reinigungsgeräte in Flammen auf. Außerdem wurde noch ein Kellerbrand von Brunnenstr. 17 gemeldet.

**Aus den Nachbarorten.**

**Weißensee.** Die vom Amtsausschuh festgesetzten Gebühren für Desinfektion betragen 1 M. für die Stunde und jede dabei beschäftigte Person. Für Transport der Materialien ist ebenfalls 1 M. zu entrichten. Von den Gebühren befreit sind diejenigen Gemeindeglieder, welche ein Einkommen von unter 600 M. versteuern oder von der Zahlung von Steuern infolge zu geringen Einkommens befreit sind. Diese Unentgeltlichkeit der Desinfektion ist nach der festgelegten Gebührenordnung nicht als empfangene Armenunterstützung zu betrachten.

**Johannisthal.** Vor Eintritt in die Tagesordnung der letzten Sitzung der Gemeindevertretung stellte der Vertreter Mann den Gemeindevorsteher zur Rede wegen der Nichtbeachtung des Beschlusses der Gemeindevertretung, nach welchem der Beginn der Sitzungen auf 7 1/2 Uhr abends festgesetzt war, während jetzt bereits Sitzungen auf nachmittags 8 Uhr anberaumt wurden. Der Gemeindevorsteher erklärte, er erinnere sich wohl, daß ein dergartiger Beschluß bestche, im Protokollbuch sei er aber nicht vermerkt. Auf Antrag des Vertreters Mann soll die Angelegenheit in der nächsten Sitzung unter dem Vorbehalt des kommissarischen Vorstehers geregelt werden, ebenso die Einführung einer Geschäftsordnung, da durch das Verhalten einzelner Mitglieder ein planmäßiges Arbeiten sehr erschwert wird. — Eine längere Debatte rief die Abschließung eines Vertrags mit den Charlottenburger Wasserwerken wegen Lieferung von Wasser hervor. Von den Vertretern Meßlein, Kuhnert und Mann wurde eine Vertagung auf vier Wochen beantragt, da es nicht ausgeschlossen ist, daß der Vertrag eine für die Gemeinde günstigere Fassung erhalten könne, wenn die Stadt Berlin in der Nähe unres Orts das geplante neue Wasserwerk errichte. Die Vertreter Mette, Knappe und Ostwald verlangten indes jetzt schon die Abschließung des Vertrags, obwohl die Abgabe von Wasser an unsere Gemeinde dadurch um keinen Tag früher erfolgen dürfte. Namentlich der Vertreter Ostwald trat in ungestümmer Weise dafür ein, da die Besitzer der drei Neubauten, welche jetzt fertig werden, sonst geschädigt würden. Mit sechs gegen fünf Stimmen wurde schließlich die sofortige Abschließung des Vertrags beschlossen.

**Der Etat der Gemeinde Tempelhof** balanciert in Einnahme und Ausgabe mit 294 000 M. Der Steuerzuschlag beträgt 120 Prog. der Staatseinkommensteuer. Die Gebühren für die Benutzung der Kanalisationsanlagen betragen, wie im vorigen Jahre, 3 1/2 Prog. des Anhangswerts nach Maßgabe der Veranlagung zur Gebäudesteuer. Die Gemeinde bleibt also hier noch 18 000 M. zu. Ein Schreiben des Landrats, wonach die Gemeinde für die Handwerkerkammern auf Grund der Gewerbe-Ordnung zu einem Beitrag verpflichtet ist, wurde einer Kommission überwiesen, welche über die Aufbringung der Umlage beraten soll. Ein Abkommen mit den Charlottenburger Wasserwerken, betreffend Verlegung von Rohren zu beiden Seiten in der Berlinstraße, wurde genehmigt. — Die Einschulung der Kinder wird von jetzt ab im April und Oktober geschehen. Herr Rektor Wagner, der zur Sitzung geladen war, erklärte, daß die Klassen durchweg von 70 Kindern besetzt werden.

Der frühere Gewerkschafts-Sekretär Willarg stand am Montag vor der dritten Strafkammer des hiesigen Landgerichts I unter der Anklage der Unterschlagung und des Betrugs.

Auf die demoralisierende Wirkung der Kellnerausbeutung...

Wegen Schulversummung ihrer Kinder waren mehrere jüdische Bürger aus Wirtzen angeklagt worden, weil sie die Kinder nicht, wie es die Regierung verlangte, nach dem benachbarten Göttsfeld in den jüdischen Religionsunterricht der dortigen israelitischen Schule geschickt hatten.

Brügelnde Schulkinder. Wegen Mißhandlung im Amt hatten sich am Freitag die Amtsjeranten Hermann Sobota und Paul Soppich aus Siemanow und Paul Korner aus Lantahütte vor der Denthener Strafkammer zu verantworten.

Ein Frauenmörder in Bremen. Ein in kriminalistischer Beziehung höchst interessanter Mordprozess nimmt heute vor dem Schwurgericht Bremen seinen Anfang.

Wenige Tage nach dem Verschwinden der unglücklichen Maria Jurtila war in einem Kanal in Bremen eine Frauenleiche gefunden und als die einer unbekanntem Selbstmörderin beerdigt worden.

Das Gewerkschaftsstatut für Berlin und Umgegend nahm in einer am Freitag abgehaltenen Delegiertenversammlung den Bericht des Ausschusses entgegen.

Für die Verhandlungen sind zwei Tage in Aussicht genommen.

Veranstaltungen.

Das Gewerkschaftsstatut für Berlin und Umgegend nahm in einer am Freitag abgehaltenen Delegiertenversammlung den Bericht des Ausschusses entgegen.

Das die hier in Frage kommenden Gewerkschaften hinsichtlich ihrer Leistungen nicht hinter den Centralverbänden zurückstehen.

Der Verein der Bauauschläger beschloß in einer am Sonntag haltgefundenen außerordentlichen Generalversammlung, daß diejenigen Kollegen, welche sich zur Aufnahme in den Verein melden...

Vermischtes.

Mit „Aneisl-Andersen“ wird in Bayern zur Zeit ein schwungvoller Handel getrieben. Aus Rammendorf (Station Rammhofen) schreibt man der „Augsburger Abendzeitung“:

Table with 4 columns: Product, Price, and other details. Includes items like Weizen, Roggen, and various oils.

Produktenmarkt vom 25. März. Am heutigen Getreide- und Mehlmarkt zeigte sich Zurückhaltung und das Geschäft beschränkte sich auf Käufe der Kommissionäre für auswärtige Rechnung.

Table with 4 columns: Station, Barometer, Wind, and other weather data. Includes stations like Ostpreußen, Danzig, and Berlin.

Advertisement for Gustav Bauer, 3245, mentioning his 30th birthday and a gift of a watch.

Advertisement for Breslauer Korn, a 100% pure grain product.

Advertisement for Herren-Anzüge (Men's Suits) by J. Kurzberg.

Advertisement for Vereine, Fabriken! (Clubs, Factories!) with contact information for Schloßpark Wilhelmshof.

Advertisement for Charlottenburg! Uhrmacher Kunstmann, Wallstrasse 1.

Advertisement for Kranz- und Blumenbinderei von Robert Meyer, Mariannen-Strasse 2.

Advertisement for Paul Glatzel, Breslau X, a grain merchant.

Advertisement for Partie-Ware (Party Goods) by Vogt, Schneidermeister.

Advertisement for Siebengebirgs-Lotterie (Silesian Lottery) with prize details.

Advertisement for Möbel- u. Polsterwaren-Fabrik (Furniture and Upholstery Factory) by A. Schulz.

Advertisement for Felix Scholz, Koppensr. 35, a watchmaker and jeweler.

Advertisement for Siebengebirgs-Lotterie (Silesian Lottery) with prize details.

Advertisement for Möbel- u. Polsterwaren-Fabrik (Furniture and Upholstery Factory) by A. Schulz.

Advertisement for Ginseggungs-Anzüge (Ginseng Suits) by M. Schulmeister.

Advertisement for Mecklenburg-Schwarz- u. Brandenburg-Landbrote (Mecklenburg-Bread) by Zahnarzt Wolf.

Large advertisement for Prof. Dr. Albu's Augenärzte (Eye Doctors) and Augen-Gläser (Eye Glasses).